

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 1 Januar 2011 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



Sicherheit ist Mehrwert

In dieser Ausgabe:

Kriminalpolitik:

2. Gewaltstudie bringt klare Ergebnisse

Gewalt gegen Polizeibeamte:
Chance vertan oder
„der verschossene Elfmeter“

Technik:

Moderne Kamera-Überwachung
im täglichen Polizeieinsatz

Führung:

Unter vier Augen – Das Mitarbeiter-
gespräch

Bildung:

Das Märchen von der Bildungsrepublik

Kinderschutz: Bundesweit einmalig –
psychosoziale Prozessbegleitung

JUNGE GRUPPE

2. Gewaltstudie bringt klare Ergebnisse

Das Kriminologische Institut Niedersachsen präsentierte Anfang Dezember 2010 Teil 2 der Studie über Gewalt gegen Polizei.

S. 16

Moderne Kamera-Überwachung im täglichen Polizeieinsatz



Aus Sicht der Einsatzkräfte ist die Anwendung mobiler und fest installierter Bildübertragungssysteme unverzichtbar, um Schutz- oder Aufklärungsmaßnahmen erfolgreich durchführen zu können.

Foto: BMS

S. 24

Unter vier Augen – Das Mitarbeitergespräch

Es gibt eine Menge Möglichkeiten, die zur Zufriedenheit der Belegschaft beitragen können. Eine davon ist ganz sicher das Mitarbeitergespräch.

S. 27

KURZ BERICHTET	2
KOMMENTAR Ausgewogene Forderung	4
FORUM	5
DIE GEWINNER DP-Weihnachts-Preisausschreiben	5
TITEL/24. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS DER GdP Geschlossenheit – das ist unsere Stärke	6
KRIMINALPOLITIK 2. Gewaltstudie bringt klare Ergebnisse	16
GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE Chance vertan oder „der verschossene Elfmeter“	18
RECHT/URTEILE	21
EUROCOP Gewalt gegen die Polizei – Herbsttagung 2010 des EuroCOP-Komitees	22
TECHNIK Moderne Kamera-Überwachung im täglichen Polizeieinsatz	24
FÜHRUNG Unter vier Augen – Das Mitarbeitergespräch	27
KRIMINALPRÄVENTION Ermittlungshilfe bei Zahlungskartenbetrug	29
BILDUNG Das Märchen von der Bildungsrepublik	30
KINDERSCHUTZ Bundesweit einmalig: Psychosoziale Prozessbegleitung	32
SOZIALPOLITIK Rente mit 67 – Bericht der Bundesregierung	33
BILDUNGSPOLITISCHES SEMINAR So vertraut und doch so fremd	34
ANKÜNDIGUNG GdP dreht am Rad	34
17. Internationale Polizei-Skimeisterschaft	35
MOSAIK	35
JUNGE GRUPPE (GdP)	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



TARIFPOLITIK:**Forderungen beschlossen**

Anhebung der Entgelte um einen Sockelbetrag von 50 Euro und 3 % mehr Gehalt – das bedeutet im Gesamtvolumen etwa 5 % mehr Einkommen – bei einer Laufzeit von 14 Monaten, die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten der Länder sowie eine Öffnungsklausel für Altersteilzeitregelungen für regionale Tarifverhandlungen – so lauten die am 14. Dezember 2010 in Berlin beschlossene Forderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für die Einkommensrunde mit den Ländern (TdL) in 2011. Vertreterinnen und Vertreter von ver.di, GdP, GEW und dbb/tarifunion diskutierten ausgiebig die Forderungslage, wägen Wirtschaftsdaten, Erwartungshaltung der Mitglieder, „gut gemeinte Ratschläge aus Politik und Wirtschaft“ und den Abstand zur

TVöD Tabelle gut gegeneinander ab.

Heraus kam eine ausgewogene Forderungslage, die zwar keine Bäume in den Himmel wachsen lässt, aber eine deutliche Absage an die Absicht der Arbeitgeber darstellt, die Entgelterhöhung auf höchstens ein Prozent zu begrenzen. Am 4. Februar 2011 beginnen die Verhandlungen in Berlin/Potsdam.

Zu ähnlichen Forderungen, wie sie nun auf dem Tisch liegen, war am 2. Dezember 2010 vorab die Große Tarifkommission der GdP gekommen (4,6 Prozent Anhebung der Entgelte bei einer Laufzeit von 12 Monaten, Übernahme von Auszubildenden und die Angleichung der Jahressonderzahlung Ost an West). Die GdP brachte diese Beschlüsse in die gemeinsame Sitzung der öD-Gewerkschaften ein. *kör*

**NEUE GEWERKSCHAFT
UNTER DGB-DACH:****Eisenbahn- und
Verkehrsgewerk-
schaft gegründet**

Transnet und GDBA haben sich Ende November 2010 unter dem Dach des DGB zur neuen Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) zusammengeschlossen.

Die neue Gewerkschaft hat 240.000 Mitglieder. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik vereinigen sich damit Organisationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und des Deutschen Beamtenbundes (DBB). Es handelt sich zugleich um den ersten Zusammenschluss großer Gewerkschaften seit der Entstehung von ver.di aus fünf Einzelorganisationen im Jahr 2001. Die neue Führung besteht aus den bisherigen Vorständen von TRANSNET und GDBA. Vorsitzender ist der vormalige TRANSNET-Chef Alexander Kirchner. *red.*

HAMBURG:**Protest gegen Sparpläne**

Hamburg im November. Zeit für die politisch Verantwortlichen, noch vor dem Ende der normalen Legislaturperiode massiven und einschneidenden Sparmaßnahmen durchzusetzen. Und während im Bereich der Kultur nach erheblichem Widerstand aus allen Teilen der Bevölkerung bereits kräftig zurückgerudert wurde, bleiben noch die Hamburger Beamten, denen man quasi mit einem Federstrich die Sonderzahlung zu Weihnachten kürzen und ab A 13 sogar ganz streichen will. Dies soll 100 Millionen Euro einsparen.



Fotos: Clasen

Neben vielen anderen Aktionen unter dem Motto der GdP Hamburg „Hände weg vom Weihnachtsgeld!“ gingen am 26. November über 8.000 Beamte aus allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung auf die Straße. Zuvor hatte der Hamburger Innensenator Vahldieck auf der Personalversammlung der Polizei noch verzweifelt versucht, die Weltwirtschaftskrise für diesen „Sparhammer“ verantwortlich zu machen. Ein mächtiges Pfeifkonzert war die Folge.

Und nachdem die GAL Anfang Dezember die schwarz-grüne Koalition beendet hat, mehren sich die Zeichen, dass die Proteste Wirkung gezeigt haben. In einer ersten Wahlkampfreden des noch amtierenden Bürgermeisters Ahlhaus zeigt sich, dass auch diese versuchte Gehaltskürzung um 5 % nach der Bürgerschaftswahl im Februar 2011 vom Tisch sein könnte. Aber solange dies nicht schwarz auf weiß vorliegt, gehen die Proteste der GdP in Hamburg weiter. *Jörn Clasen*

INNERE SICHERHEIT:**Bundesfinanzpolizei
fallen gelassen**

Als „mutlos“ bezeichnete der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut die Empfehlung der sogenannten Werthebach-Kommission, von der Schaffung einer Bundesfinanzpolizei abzusehen: „Das Verbleiben der operativen Einheiten des Zolls innerhalb der Zollverwaltung ist eine vertane Chance. Die Kommission entscheidet damit gegen eine wirksamere Bekämpfung von Schmuggel, Geldwäsche, Finanz-, Wirtschafts- und Betrugs-kriminalität sowie illegaler Beschäftigung. Eine aus der Zollverwaltung herausgelöste Bundesfinanzpolizei wäre die richtige und schnelle Antwort auf zersplitterte Dienststellen und ineffiziente Doppelzuständigkeiten gewesen.“ Die Nichtberücksichtigung einer Bundesfinanzpolizei lasse womöglich auf ein Machtwort des Bundesfinanzministers schließen. Eine hochkarätige Expertenkommission dürfe sich aber vor keinen politischen Karren spannen lassen.



Der GdP-Bundesvorsitzende: „In der jetzigen Bedrohungslage muss man sich darauf konzentrieren, das jeweilige Aufgabenprofil und die hochprofessionelle Arbeit der einzelnen Behörden so reibungslos wie möglich zu gestalten.“ Dabei müsse intensiv am Schließen augenfälliger Sicherheitslücken wie der Sicherheit der Küsten und der Wasserwege gearbeitet werden.

Als „Vorschlag zur Unzeit“ kritisierte Witthaut die beabsichtigte Zusammenlegung von Bundespolizei und Bundeskriminalamt zu einer Polizeibehörde: „Sich aus einer Verschmelzung beider Behörden ergebende Synergieeffekte liegen nicht auf der Hand.“ *red.*

Nachruf

Günther Schnupp ist tot. Er starb am 12. November 2010 im Alter von 85 Jahren in seiner Heimatstadt Oldenburg. Günther Schnupp war jahrzehntelang in Funktionen der Gewerkschaft der Polizei bis hin zum Geschäftsführenden Bundesvorstand tätig. Er schied 1979 aus dem GBV aus, als er das Amt als Kommandeur der Schutzpolizei im Regierungsbezirk Weser-Ems, Oldenburg übernahm. Bundesweit kannten ihn die Leserinnen und Leser von DEUTSCHE POLIZEI als Fachschriftleiter für allgemeines und besonderes Polizeirecht in Verbindung mit dem bürgerlichen Recht, Polizeiverwendung und -dienstkunde. Darüber hinaus machte er sich einen Namen als Beamten- und Disziplinarrechtler.



Günther Schnupp war seit Juli 1949 Mitglied der Gewerkschaft der Polizei. Wir werden ihn in Erinnerung 11 behalten.

*Gewerkschaft der Polizei
Der Bundesvorstand*

NIEDERSACHSEN:

GdP tritt für Kernforderungen ein



Vor dem Haushaltbeschluss: Etwa 160 GdP-Kolleginnen und -Kollegen machten gegenüber dem Niedersächsischen Landtag ihre Kernforderungen deutlich.

Mit Geschenkkartons ohne Inhalte aber mit eindeutigen Botschaften zeigten etwa 160 GdP-Kolleginnen und -Kollegen am 9. Dezember gegenüber vom Niedersächsischen Landtag in Hannover demonstrativ, an welchen „Tatorten bei der Polizei“ noch immer die politischen Hausaufgaben unerledigt sind.

Das Parlament hatte den Haushalt 2011 zu beraten. Am 10.12. 2010 wurde dieser beschlossen. Er beinhaltete immerhin auch 390 Beförderungen in der Polizei. Nachdem es im Jahr 2010 keine Stellenhebungen gegeben hatte und die Lebensarbeitszeitverlängerung ohne Hebungen auch 2011 für unzureichende Beförderungen gesorgt hätte, war diese Minimalentscheidung allerdings mehr als nötig. Der Stellv. Landesvorsitzende Dietmar Schilff sagte bei seiner engagierten Rede am Demonstrationsstand: „Unser Beruf ist Teamarbeit, deshalb wollen wir endlich eine gerechte Bewertung aller Beschäftigten in der Polizei.“

Als Kernforderungen der GdP Niedersachsen benannte er insbesondere:

- Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen
- Verkürzung der Wartezeiten bei Beförderungen von A9 nach A10

- Deutliche Erhöhung der Entgelte, der Gehälter und Versorgungsbezüge
- Tarifverhandlungen ohne vorherige Festlegung durch den Vorsitzenden der TdL, Finanzminister Möllring
- weg mit dem A11-Erlass
- Perspektiven für Tarifbeschäftigte und Polizeiverwaltungsbeamte
- Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes



Geschenkkartons ohne Inhalte aber mit eindeutigen Botschaften

Fotos: Robra

Abgeordnete aller Fraktionen ließen sich am Stand der GdP sehen und zeigten teilweise Verständnis für die Anliegen. An der mehrheitlichen parlamentarischen Entscheidung, nicht über die Minimal Schritte hinauszugehen, blieb gleichwohl nichts zu jubeln. Die GdP lässt aber nicht locker und bleibt weiter bei ihren Forderungen.

Uwe Robra



Ausgewogene Forderung

Seit dem 14. Dezember steht fest: Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern für die Einkommensrunde 2011 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder eine Anhebung der Entgelte um einen

Sockelbetrag von 50 Euro und 3 % mehr Gehalt (beides zusammen bedeutet im Gesamtvolumen etwa 5 % mehr Einkommen) bei einer Laufzeit von 14 Monaten, die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten in den Ländern sowie eine Öffnungsklausel für Altersteilzeitregelungen für

regionale Tarifverhandlungen.

Das ist ausgewogen. Manche haben sich sicherlich mehr versprochen. Aber das ist die gemeinsam ausgehandelte Forderung. Wir müssen uns anschließend an dem erzielten Ergebnis messen lassen.

Für mich ist es das erste Mal, dass ich als Bundesvorsitzender für die Gewerkschaft der Polizei an den Verhandlungen teilnehme. Dafür kenne ich den Vorsitzenden der Tarifgemeinschaft der Länder, Dr. Hartmut Möllring, aus meinen niedersächsischen Zeiten sehr gut. Allein deshalb wird auch diese Runde spannend werden, sich in neuen Funktionen zu begegnen.

Möllring hat schon weit vor Beginn der Verhandlungen angekündigt, dass die Ausgabensteigerungen auf höchstens ein Prozent zu begrenzen sind, dass er eine höhere Tarifsteigerung

nicht mitmache und bei Entgeltsteigerungen über ein Prozent Personalabbau erfolgen müsse.

Das sehen Wirtschaftswissenschaftler und Politikerinnen und Politiker ganz anders: Die Bundesarbeitsministerin von der Leyen meinte, dass der Aufschwung zunächst denen gehöre, die ihn erarbeitet haben und die Bundeskanzlerin befand, dass die verbesserte Situationen der Unternehmen sich auch widerspiegeln müsse bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Diese Haltung kann man nur teilen. Die Konjunkturlage ist gut. Das Wirtschaftswachstum betrug 2010 3,5 Prozent und wird für 2011 auf 2 Prozent prognostiziert, während die Preise 2010 bei 1,1 Prozent lagen und 2011 auf 1,6 Prozent geschätzt werden.

Die Einnahmen der Länder werden steigen, die Ausgaben sinken.

Da liegen wir mit unserer Forderung genau richtig, wenn man berücksichtigt, dass wir den Verteilungsspielraum 2010 nicht komplett ausgenutzt haben und auch den Anschluss an die TVöD Tabelle halten wollen.

Natürlich wissen wir, dass die Konjunkturentwicklung sich erst mit Verzögerung bei den Steuereinnahmen niederschlägt und die Länder sich durch Vorgaben der sogenannten Schuldenbremse zur Verminderung der Nettokreditaufnahme verpflichtet sehen; dass die Länder Berlin, Schleswig-Holstein, Saarland und Bremen im Blickpunkt des Stabilitätsrates stehen und genau geschaut wird, ob sie bis Mai 2011 die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten.

Aber da kann und will ich es mit der häufig gemachten Aussage meines Vorgängers Konrad Freiberg halten: Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, gleichgültig, ob Beamtin, Beamter oder Tarifbeschäftigte, haben die Ursachen für die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht gesetzt, sie werden auch die Folgen nicht allein beseitigen,

indem sie auf angemessene Entgeltsteigerungen verzichten oder am vorhandenen Verteilungsspielraum nicht teilhaben. Unsere Forderung ist moderat und berechtigt. Damit orientieren sich die Gewerkschaften – wie immer – am Gemeinwohl.

Die Stärkung der Binnennachfrage gehört zu den grundlegenden Faktoren für eine stabile Wirtschaft. Dafür brauchen unsere Kolleginnen und Kollegen die nötige Voraussetzung: Mehr Geld im Portemonnaie! Und dabei reden wir noch nicht einmal davon, was ihnen durch höhere Sozialversicherungsbeiträge gleich wieder aus der Tasche gezogen wird.

Aber reden wir hier erst mal über die klassische Tarifpolitik und machen Sozialpolitik an anderer Stelle, da wo sie hingehört: in die Auseinandersetzung mit der Regierung und in die Gesetzgebungsverfahren. In der Tarifpolitik wird verhandelt! Und zwar ab 4. Februar.

Zur Untermauerung unserer berechtigten Forderungen möchte ich noch ein Zitat des Focus-Chefredakteurs Uli Baur anführen, der in der Ausgabe 48/2010 im „Memo des Chefredakteurs“ unter der Überschrift „Ein Dank den Polizisten“ schrieb: „Deutschland erlebt einen wirtschaftlichen Aufschwung, die Steuereinnahmen sprudeln. Wie üblich gibt es schon allerlei Ideen, was man mit dem Geld anstellen könnte. Dabei heißt das Gebot: die Staatsschulden abbauen, abbauen, abbauen. Ein finanzielles Danke sollten wir uns aber leisten: für Polizistinnen und Polizisten, die uns in diesen Zeiten ein Gefühl von Sicherheit schenken und wahrscheinlich auch an Weihnachten Dienst fahren, stehen und frieren werden und nicht bei ihren Familien sein können.“



Zu: Mit leerem Magen die politische Suppe ausgelöffelt, DP 12/10

Zum Einsatz an sich – ok – es ist sicher schwierig, Einsatzzeiten bei einem derartigen Einsatz genau vorherzusehen. Was aber nicht nachvollziehbar erscheint, ist die mangelnde Verpflegung. 1. Wäre es logistisch sicher möglich gewesen, ein zusätzliches Lunchpaket bereit zu stellen und 2. ist es nicht nachvollziehbar, dass ein Hundertschaftsführer die bereitstehende Verpflegung ablehnt, obwohl er wusste, dass seine Leute seit Stunden nicht verpflegt wurden. Ich war der Meinung, dass diese Führungskräfte, die nach oben kuscheln und unten treten, ausgestorben sind – aber offensichtlich weit gefehlt. Zudem kann ich auch die Zwischenvorgesetzten nicht verstehen, dass diese sich nicht für ihre Leute einsetzen. Schlichtweg – schwach!!!

Josef Singer, per E-Mail

Zu: Das Alter = Kostenfaktor?, DP 10/10

Und plötzlich hat man 296 Euro weniger ...

Als pensionierter Polizeibeamter hatte ich bis Juni 2010 eine normale Pension. Ab 30. Juni wurde diese um 296 Euro gekürzt, mit der Begründung, dass ich ab August 2010 eine Arbeiterrente in gleicher Höhe erhalten werde. So sieht der berühmte Dank des Vaterlandes aus.

Peter Mauß, Zweibrücken

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de

DP-WEIHNACHTS-PREISAUSSCHREIBEN

Die Gewinner

Zu unserem Weihnachtspreisausschreiben erreichten uns überwiegend richtige Einsendungen, unter denen wir die nachfolgenden Gewinner ausgelost haben. Allen Preisträgern unseren herzlichen Glückwunsch!

Viele Leserinnen und Leser haben uns gleichzeitig freundliche Weihnachts- und Neujahrsgrüße übermittelt. Dafür unseren herzlichen Dank!

Hier die Gewinner des Weihnachtspreisausschreibens:

1. Preis:

Luminox Modell 8252 mit revolutionärem Beleuchtungssystem
Wilfried Göbler (LB Rheinland-Pfalz)

2. Preis:

Oakley Brille „Monster Dog“
Christoph Flamann (LB Saarland)

3. - 5. Preis:

Bitburger Freizeitset (Rucksack, Outdoor-Fleece-Pullover, Sixpack Bitburger Alkoholfrei)
Andrea Hansen (LB NRW)
Rolf Kraft (Bezirk BPol)
Christian Hamm (LB Rheinland-Pfalz)

6. - 10. Preis:

Biotherm Homme Aquapower Pflege-Set
Claudius Bambeck (LB NRW)
Bastian Brinkmann (LB NRW)
Dietmar Maus (LB Saarland)
Marcel Hodius (Bezirk BPol)
Sebastian Jacob (LB NRW)

11. - 15. Preis:

Garnier Pflege-Set Damen (Fructis Re-Struktur Spülung und Shampoo, Fructis Style Haarspray und Schaumfestiger)
Antje Röper (LB Brandenburg)
Lisa-Katharina Kopf (LB Baden-Württemberg)
Ralph Stolze (LB Hessen)
Pascal Zimmer (LB Saarland)
Tabea Ludwig (LB Niedersachsen)

16. - 20. Preis:

Garnier Pflege-Set Herren (Fructis Anti-Schuppen Shampoo, Fructis Style Gel und Fructis Style Beach-Look Gum)
Manuel Mengs (LB Baden-Württemberg)
Holger Siegemund (LB Bayern)
Raimund Stroh (LB Rheinland-Pfalz)
Matthias Uhl (LB NRW)
Ralf Jaworski (LB Brandenburg)

21. Preis:

Reisenthel Tasche Travel e¹ (OSG)
Tanja Wallenfels (LB NRW)

22. Preis:

Cartamundi Compact Poker Set (OSG)
Bernd Komossa (LB Bayern)

23. Preis:

Basecap GdP mit Leuchtleiste (OSG)
Carmen Lachmund (LB Niedersachsen)

Die DP-Redaktion wünscht viel Freude mit den Gewinnen.

Das waren die richtigen Antworten:

Frage 1: c) 160

Frage 2: a) 1950

Frage 3: b) Bei der Bundespolizei

Frage 4: a) Bernhard Schmidt

Frage 5: b) Leitfaden 150-Versorgung der Polizei im Einsatz

Frage 6: b) 31 %



24. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS DER GDP

Geschlossenheit – das ist unsere Stärke

254 Delegierte, darüber hinaus Gastdelegierte und Gäste, trafen sich vom 22.-24. November 2010 unter dem Motto „Sicherheit ist Mehrwert“ im Berliner Estrel Hotel zum 24. Ordentlichen Bundeskongress der GdP. Sie wählten einen neuen Bundesvorsitzenden und einen neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand, sie diskutierten und befanden über 224 Anträge, die in den kommenden vier Jahren die GdP-Arbeit ganz wesentlich bestimmen werden. Und sie machten deutlich, dass trotz der Föderalisierungsreform I in Deutschland die GdP zusammensteht für eine hohe Sicherheit in unserem Land und für die Interessen jeder und jedes einzelnen Beschäftigten der Polizei.

Fünf Tage vor Kongressbeginn hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière erstmals öffentlich die Bevölkerung über eine hohe Terrorgefahr in Deutschland informiert. Entsprechend abgesichert war der Tagungsort – auch wegen der prominenten Gäste: vornan der Bundespräsident und der Bundesinnenminister.

Der Höhepunkt des ersten Kongress-tages war zweifellos die Wahl des neuen GdP-Bundesvorsitzenden und des Geschäftsführenden Bundesvorstandes am Nachmittag. Doch vorab wurde – neben weiteren Gästen – Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière auf dem Kongress begrüßt.

In seiner Ansprache ging der Bundesinnenminister auf die aktuelle Sicherheitslage in Deutschland ein und warnte davor, angesichts der jüngsten Anschlagbefürchtungen, die in Deutschland lebenden Muslime unter einen „Generalverdacht“ zu stellen.

Kritisch äu-

berte sich der Bundesinnenminister zu öffentlichen Spekulationen über die Terrorgefahren und wünschte sich, dass mancher der selbsternannten „Terrorismusexperten“ sein Wissen „für sich behält“. Er würdigte hingegen ausdrücklich den Einsatz der Polizeibeamtinnen und -beamten auf Flughäfen, Bahnhöfen und anderen öffentlichen Orten in der extremen Situation. Durch ihr Verhalten und Auftreten hätten sie Vertrauen geschaffen und der Bevölkerung ein zusätzliches Ge-

fühl der Sicherheit vermittelt. Natürlich brauche man auch wachsame Bürger, aber Sicherheit sei professionelle Aufgabe der Sicherheitskräfte.

Auf die großen Herausforderungen der Polizei eingehend – wie den Castor-Einsatz, Stuttgart 21, Fußballspiele und Demonstrationen – meinte de Maizière, all das würde sehr wohl als kräfteverschleißende Einsätze registriert. Öffentlich in den Focus sollten aber auch die kommen, die täglich an x-beliebigen Stellen wie Bahnhöfen usw. ihren Dienst versehen.



„Sicherheit ist Mehrwert“ – unter diesem Motto tagte der 24. Ordentliche Bundeskongress der GdP in Berlin.



24. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS DER GDP



Die Kongressteilnehmerinnen und -Teilnehmer erhoben sich und verabschiedeten Konrad Freiberg mit minutenlangem, stürmischem Beifall. 10 Jahre lang war er mit Herz und Seele als GdP-Bundesvorsitzender unterwegs. Zur Wahl trat er aus Altersgründen nicht mehr an.

Auch die Streifendienste hätten öffentliche Wahrnehmung und Anerkennung nötig; von ihnen erwartet man z. B. bei Amokläufen, dass sie sofort und professionell reagieren. Das Brot- und Butter-Geschäft sei genauso wichtig wie extreme Einsätze, die im Rampenlicht stehen.

Kritisch setzte sich der Bundesinnenminister mit der Haltung einiger Bundespolitiker zum sogenannten „zivilen

„Wir brauchen wachsame Bürger, aber Sicherheit ist professionelle Aufgabe der Sicherheitskräfte“

Thomas de Maizière

Ungehorsam“ angesichts des zurückliegenden Castor-Transports auseinander. Hier dürfe man die Maßstäbe nicht ver-rücken: Wenn 12 Mitglieder des Bundestages offen dazu aufrufen, zu schottern, dann sei das unerhört und man hätte sich schon gewünscht, dass die Partei- und Fraktionsvorsitzenden das zumindest als „nicht in Ordnung“ kritisiert hätten.

Deutliche Unterstützung signalisier-

te der Bundesinnenminister für die Anti-Gewalt-Aktion der GdP. Mit der kürzlich vom Bundeskabinett beschlossenen Strafverschärfung solle gesagt werden: Hände weg von der Polizei.

Die hohe Fachlichkeit und Sachkompetenz der GdP wertschätzend, lud de Maizière die GdP-Spitze spontan zu

einem zeitnahen exklusiven Sicherheitsgespräch ein.

Politik setzt Ursachen für extreme Lagen

Der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg machte in seiner leidenschaftlichen Rede, zu der der Bundesinnenminister noch zugegen war, deutlich, dass die GdP die Stimme der Polizei sei: „Was die Kolleginnen und Kollegen ertragen, versuchen wir in die Öffentlichkeit zu tragen – ohne dabei als Rhetorik-Tarzan aufzutreten und Menschen zu verunsichern“. Er wies



Fast 40 Jahre lang stellte Hans Adams als Sekretär in der Bundesgeschäftsstelle sein Beamtenwissen der GdP zur Verfügung. Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht, Carsten Baum, verabschiedete ihn auf dem Kongress herzlich in den Ruhestand.

darauf hin, dass Politik Ursachen für extreme Lagen schaffe. Zum Beispiel war das Thema Atomenergie relativ befriedet, das wurde von der Politik jedoch neu aufgemacht. Aber die Polizei könne keine gesellschaftlichen Konflikte lösen: „Sie steht für den Rechtsstaat als Institution, sie ist neutral – auch wenn jeder einzelne Polizist und jede Polizistin eine eigene Meinung hat – sie schützen die Verfassung, nichts anderes.“ Wer an dieser Stelle – speziell am polizeilichen Personal – sparen wolle, der handele verantwortungslos, denn das gehe zu Lasten der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, steigere aber darüber hinaus die jetzt schon extreme Belastung der Polizistinnen und Polizisten. Allein bei der Bundespolizei betrage der Krankenstand 15 Prozent.

Für die GdP müsse auch in Zukunft gelten: „Glaubwürdigkeit und Zusammenhalt, das sind die Grundlagen erfolgreicher Arbeit. Wenn wir zusammenhalten, sind wir unschlagbar!“



Herzlich verabschiedet wurde auf dem Kongress Heinz Kiefer, 16 Jahre lang Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP und seit 1998 stellvertretender Bundesvorsitzender. Sein Engagement galt neben der Verbesserung der Bewältigung von polizeilichen Großlagen und den Arbeitsbedingungen der Bereitschaftspolizei vor allem der 2006 vollendeten Umwandlung der ehemaligen Polizeiführungsakademie in die Deutsche Hochschule der Polizei. Er kandidierte aus Altersgründen nicht mehr.

Nach wie vor steht Heinz Kiefer aber der European Confederation of Police (EuroCOP) als Präsident vor und vertritt dort die Interessen der Polizeigewerkschaften in Europa.



Neu gewählt für die nächsten vier Jahre

Kurzportrait: Bernhard Witthaut

Bernhard Witthaut lernte ab 1975 die polizeiliche Arbeit „von der Pike auf“. Seit seinem Eintritt in die GdP 1982 übernahm er verschiedene Führungsfunktionen. Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP wurde er 1994, 1997 übernahm er den GdP-Landesbezirksvorsitz in Niedersachsen. Seit 1998 fungierte Bernhard Witthaut als stellvertretender Bundesvorsitzender und wurde am 22. November 2010 zum Bundesvorsitzenden der GdP gewählt.

In den vergangenen Jahren hat er sich besonders erfolgreich für die Entwicklung des Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrechtes im öffentlichen Dienst eingesetzt. Er stand aber auch seit vielen Jahren im GdP-Betreuungsteam bei Castor-Transporten in vorderster Linie und im Blitzlicht der Medien. Deutlich und bestimmt hat er dabei immer eine klare Deeskalationslinie verfolgt und sich vermittelnd um Friedlichkeit verdient gemacht – ohne auch nur einen Moment die Interessen der einzelnen Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Interessen der Polizei insgesamt, aus dem Auge zu verlieren.

Langjährige Mitstreiter schätzen an dem 55-jährigen Ersten Polizeihauptkommissar u. a. seinen feinsinnigen Humor, seine Nachdenklichkeit, seine Stringenz, sowie sein Bedürfnis und seine Fähigkeit, sich Menschen zuzuwenden – und hier vor allem den Problemen der eher „schwachen“. In Diskussionen ist zu beobachten, dass Bernhard Witthaut mehr auf schlüssige Argumentation und durchdachte Aussagen setzt, als auf Lautstärke oder unausgegrenzte populistische Forderungen.

An seine gewerkschaftliche Arbeit ging er stets hartnäckig und zielstrebig – eine Fähigkeit, die er auch in seinem „Ausgleichssport“ trainiert: Als Langstreckenläufer hat er bei mehreren Marathonläufen sein Durchhaltevermögen unter Beweis gestellt. An der Spitze der größten Interessenvertretung der Polizei in Deutschland ist diese Fähigkeit sicher von enormem Vorteil.

Bernhard Witthaut ist verheiratet, hat vier erwachsene Kinder und lebt in Georgsmarienhütte.



Überwältigender Vertrauensbeweis: 96 Prozent der Delegierten stimmten für Bernhard Witthaut als neuen GdP-Bundesvorsitzenden. Dieser dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und wandte sich an seinen Vorgänger: „Lieber Konny, Du hast in unermüdlichem Einsatz die Belange der Polizei wie auch die Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürger auf Deine Fahnen geschrieben. Dabei bist Du vor keinem politischen Konflikt zurückgewichen. Diesen Weg wird die GdP und werde ich unbeirrt weitergehen.“

Am Nachmittag und Abend des ersten Kongresstages wurde der neue GdP-Bundesvorsitzende und der Geschäftsführende Bundesvorstand der GdP gewählt: Für den niedersächsischen Ersten Polizeihauptkommissar Bernhard Witthaut (55) als neuen GdP-Bundesvorsitzenden stimmten 96 Prozent der wahlberechtigten Delegierten.

In einer ersten kurzen Rede fand Bernhard Witthaut deutliche Worte: „Die Polizei ist durch massiven Personalabbau, soziale Verschlechterungen und eine von ihr kaum noch zu bewältigende Aufgabenlast in schwere Fahrwasser geraten. Das kann so nicht weitergehen. Wir werden den Druck auf die politisch Verantwortlichen und unsere Dienstherrn weiter erhöhen.“



Der neue GBV: Jörg Bruchmüller, Andreas Schuster, Elke Gündner-Ede, Oliver Malchow, Bernhard Witthaut, Frank Richter, Kerstin Philipp, Jörg Radek und Hugo Müller (v.l.).



Wir wollen das Ruder herumreißen. Ohne uns ist kein Staat zu machen.“

In den nächsten Wahlgängen wurden seine Stellvertreter – Polizeihauptkommissar Frank Richter (51) aus Nordrhein-Westfalen, der saarländische Polizeidirektor Hugo Müller (51), der Uelzener Polizeihauptkommissar Jörg Radek (50) und die Berliner Polizeiangestellte Kerstin Philipp (47) – gewählt. Zum dritten Mal wurde der Brandenburger Kriminalhauptkommissar Andreas Schuster (51) in seinem Amt als Bundeskassierer bestätigt. Neu im Gremium ist der Kriminaloberrat Oliver Malchow (47) aus Schleswig-Holstein; er wurde GdP-Bundesschriftführer. Als weitere GBV-Mitglieder wurden die niedersächsische Polizeiangestellte Elke Gündner-Ede (54) und – ebenfalls erstmals in dieses Gremium – der hessische Erste Polizeihauptkommissar Jörg Bruchmüller (51) gewählt.

Die Geschäftsverteilung wird auf einer der nächsten Sitzungen des GBV erfolgen.

Geschlossenheit macht uns stark

In seiner Rede nach der Wahl sprach der neue GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut insbesondere die aktuellen Probleme für die GdP-Arbeit an. Hier einige der Punkte:

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Tarifrunde forderte der neue GdP-Bundesvorsitzende vor allem die Geschlossenheit aller Beteiligten ein: „Wir müssen daran mitarbeiten, dass die TdL nicht auseinanderbricht. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Arbeitgeber uns auseinanderdividiert. Geschlossenheit macht uns stark. Das ist unser Vorteil!“ Diese Geschlossenheit müsse sowohl zwischen den Tarifbeschäftigten der Länder als auch zwischen den Tarifbeschäftigten und den Beamtinnen und Beamten bestehen. Das gelte auch hinsichtlich der sozialen Sicherungssysteme: Was sich hier ändere, trafe letztlich inhalts- und wirkungsgleich auch für Beamtinnen und Beamte ein.

Rahmenbedingungen schwieriger

Bernhard Witthaut wies auf die drastisch veränderten Rahmendingungen für polizeiliche Arbeit hin. Berufsty-

„ Wir dürfen nicht zulassen, dass der Arbeitgeber uns auseinanderdividiert. Geschlossenheit macht uns stark. Das ist unser Vorteil! “

Bernhard Witthaut

pische Belastungen stiegen ebenso wie das Durchschnittsalter, die personelle Unterbesetzung und Aufgabenfülle nähme zu. Und die Kolleginnen und Kollegen würden zusätzlich belastet durch eine neue Qualität der Angriffe auf sie; sie kämen häufig während des Dienstes in existenzielle Grenzsituationen. Punkt eins müsse daher sein, den Personalmangel wirksam zu beheben – und zwar in jedem Bundesland. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dürfe nicht vom Wohnort abhängen. Darüber hinaus brauche der Personalkörper dringend eine

Verjüngung, wobei es unbedingt bei einer akademischen Ausbildung bleiben müsse. Ausdrücklich begrüßte es Bernhard Witthaut, systematisch junge Menschen mit Migrationshintergrund für die Polizei in Deutschland zu gewinnen. „Weil sie durch ihre sprachlichen und kulturellen Kenntnisse eine besondere Qualifikation mitbringen, können sie den Zugang zu einzelnen Bevölkerungsgruppen erleichtern. Und: Die Vielfalt der Herkunftsländer aller in Deutschland lebenden Menschen sollte sich auch in der Polizei widerspiegeln!“

Wie sich die Belastungen der Polizei auf den Gesundheitszustand der Kolleginnen und Kollegen auswirken, dafür brachte Bernhard Witthaut deutliche Zahlen: In den Ländern seien Krankenzustände ab 15 Prozent nicht ungewöhnlich. Er verwies auf eine Studie der Bundespolizei, die eindrucksvoll die Zusammenhänge von Organisation, Gesundheit und Einsatz lieferten. Und er verwies auf die Abkürzung PoW, die landauf landab für „Polizist ohne Wochenende“ stehe. Bernhard Witthaut rief dazu auf mitzuhelfen, die Gesundheitsförderung im Dienst auszubauen. Seelische Belastungen dürften dabei nicht außer Acht gelassen werden.

Eingehend auf die zunehmende Gewalt gegenüber den Polizistinnen und

60 Jahre GdP

„Wir dürfen stolz auf das sein, was die GdP in den ersten sechs Jahrzehnten ihrer Existenz erreicht hat und wir sollten unser Licht nicht unter den Scheffel stellen: Unter welchen Bedingungen würde die Beschäftigten der Polizei in Bund und Ländern ihre Pflicht erfüllen, gäbe es die GdP nicht?“

Die Mitbestimmung wäre für die Polizeibeschäftigten bereits seit langem auf der Strecke geblieben. Die Wochen- und die Lebensarbeitszeit wären längst überall auf dem möglichen Höchststand. Die zweigeteilte Laufbahn wäre auch nach Jahren Überzeugungsarbeit nichts weiter als ein schöner Traum. Wer hätte die vielfältigen Belastungen und Zumutungen des Wach- und Wechselschichtdienstes zum Thema gemacht und annehmbare Schichtsysteme ausgehandelt? Wer hätte sich nachhaltig für sachgerechte Ausstattung, eindeutige Gesetzesregelungen und wirkungsvolle Fahndungsinstrumente eingesetzt, die unsere Kolleginnen und Kollegen in ihrer täglichen Arbeit brauchen? Wer hätte neue Munition und flächendeckend Schutzwesenausstattung eingefordert, Vollzugsdefizite in der Gesetzgebung angeprangert und dafür gesorgt, dass der „Hilfsbeamte“ aus der Strafprozessordnung verschwindet?

Die GdP hat stets für eine demokratische und zivile Polizei stark gemacht, frühzeitig mit alten Ressentiments aufgeräumt und deutlich hervorgehoben, dass die Polizei in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat ihren Platz in der Mitte der Bevölkerung gefunden hat.“

Aus der Rede von Bernhard Witthaut



Polizisten und auf die Forderung der GdP nach einem eigenen § 115 zur Problematik würdigte Bernhard Witthaut das Handeln der Bundesregierung, die den Strafrahmen um ein Jahr nach oben erhöhen will. Das reiche zwar nicht, sei aber als eine direkte Reaktion auf unsere politische Forderung zu werten.

Er beendete seine analytische und programmatische Rede mit dem Versprechen: „Die Gewerkschaft der Polizei wird auch zukünftig die Finger in die Wunde legen. Wir werden nicht nachlassen, uns für die Kolleginnen und Kollegen einzusetzen. Wir werden aber auch nicht nachlassen, unseren Beitrag für ein sicheres Leben in Deutschland zu leisten.“



Pressekonferenz



Bernhard Witthaut: „Wir brauchen keine Feldjäger vor dem Reichstag.“ Der neue GdP-Chef bei seiner Premieren-Pressokonferenz.

Auf seiner ersten Pressekonferenz als GdP-Bundesvorsitzender stellte sich Bernhard Witthaut den Fragen der zahlreichen Journalisten. Dabei erteilte er u. a. dem Vorschlag des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BdK) eine klare Absage, angesichts des Personalmangels bei der Polizei und der aktuellen Bedrohungslage die Bundeswehr zur Unterstützung der Polizei einzusetzen:

„Wir brauchen keine Feldjäger, die im Innern Aufgaben der Polizei übernehmen. Dazu sind sie nicht ausgebildet. Wir wollen keine Vermischung der bewährten und klar getrennten Zuständigkeiten von Polizei und Bundeswehr. Das ist nicht die richtige Antwort auf den eklatanten Personalabbau bei der Polizei in den letzten zehn Jahren.“

Polizei verdient Solidarität, Sympathie, Respekt und Dankbarkeit

„Solidarität, Sympathie, Respekt und Dankbarkeit: Das alles hat die Polizei verdient“, sagte Bundespräsident Christian Wulff den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 24. Ordentlichen Bundeskongresses in seinem Grußwort am 24. November.

Ausdrücklich würdigte der Bundespräsident die von vielfältigen Aufgaben geprägte Arbeit der Polizistinnen und Polizisten. Diese habe viele Schattenseiten und oft sei die Gesundheit der Beamtinnen und Beamten stark strapaziert. Zudem ernte die Polizei für ihre hervorragende Präventionsarbeit oft zu wenig Dank, da diese meist im Verborgenen stattfindet. Doch vor allem bei der Gefahrenabwehr dürfe die Polizei nicht allein gelassen werden. Das GdP-Kongress-Motto ‚Sicherheit ist Mehrwert‘ solle allen ein Signal sein, dass Prävention viel koste, aber später eben auch Zinsen bringe.

Deutschland, so der Bundespräsident weiter, sei ein sicheres Land: „Das ist ein großer Verdienst der Polizei und ein Beleg für ihre erfolgreiche, professionelle Arbeit.“ Die Menschen hätten Vertrauen in die Polizei. Es gelte „die Stärke des Rechts, nicht das Recht des Stärkeren“. Die Polizei sei die Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Landes. Darauf dürften alle Polizistinnen und Polizisten stolz sein. Doch die Polizei benötige Unterstützung.

Wulff forderte mehr politische Transparenz, vor allem bei lang angelegten Projekten. Die Menschen sollten immer wieder über den Stand informiert werden und sich in den Prozess eingebunden und nicht ausgeschlossen fühlen. Aber auch im alltäglichen Miteinander würde eine ausgeprägtere Hilfsbereitschaft und mehr Engagement auch von Eltern, Schulen,

Kommunen und sozialen Einrichtungen die Arbeit der Polizei erleichtern.

Lobende Worte fand Bundespräsident Wulff für die Gewerkschaft der Polizei, die in den 60 Jahren ihres Bestehens konkret an der Erfolgsgeschichte der Polizei und Deutschlands mitgeschrieben habe. Die GdP habe dazu beigetragen, die Polizei in ein demokratisches System einzubetten, sie habe eine „mitdenkende“ Polizei gefördert und dabei geholfen, die Polizei an Veränderungen anzupassen.



Bundespräsident Christian Wulff bot dem neuen GdP-Bundesvorsitzenden einen regelmäßigen Gesprächsaustausch an.

Im Namen Deutschlands dankte Bundespräsident Wulff dem ehemaligen GdP-Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg für couragiertes, kompetentes und engagiertes Eintreten für die Polizei und die innere Sicherheit des Landes. Seinem Nachfolger, dem neuen GdP-Vorsitzenden Bernhard Witthaut, bot der Bundespräsident einen regelmäßigen Gesprächsaustausch an. Die Rede des Bundespräsidenten ist zu finden unter:

Alle Reden und Grußworte sind zu finden unter:

<http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/regru>



Aus den Grußworten:

Zahlreiche Grußworte hat die GdP aus der Politik, von befreundeten Gewerkschaften und Organisationen bekommen. Herzlichen Dank für alle. Hier einige Auszüge aus den Reden vom Berliner Senator für Inneres und Sport, Dr. Erhart Körting, vom DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und vom SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel. Sie richteten ihr Wort persönlich an die Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer sowie deren Gäste.

Deutsche Sicherheitsarchitektur ist tragfähig und hoch professionell



**Berlins Senator für Inneres und Sport
Dr. Erhart Körting**

Dr. Erhart Körting stellte angesichts der aktuellen Sicherheitslage die Frage nach Art und Umfang notwendiger Schutzmaßnahmen. Die deutsche Sicherheitsarchitektur sei tragfähig und in hohem Maße professionell; die vorhandenen Ressourcen seien ausreichend, um auch besondere Belastungen über einen längeren Zeitraum zu bewältigen, meinte er. „Effiziente Planung heißt für mich aber auch, dass eben nicht für alle denkbaren Szenarien Personal und Sachmittel zur ständigen Verfügung vorgehalten und unbegrenzt eingesetzt werden können.“

Wie im aktuellen Fall sei darüber hinaus aktives, schnelles, offenes und ehrliches Kommunizieren das oberste Gebot: Die Situation müsse klar und ungeschönt dargelegt werden, denn jeder Versuch der Verharmlosung sei sinnlos und im Zweifelsfall schädlich.

Eingehend auf den jüngsten Castor-Einsatz seien aus Sicht der Innenminister und -senatoren zwei Gesichtspunkte diskussionsbedürftig: Aufwand und Fürsorge.

Einsatzlagen wie die, mit denen wir uns in diesen Wochen und Tagen kon-

frontiert sehen, so Dr. Körting, wünsche sich zwar niemand, sie seien aber Teil unserer Realität. Er vertraue diesbezüglich auf die deutsche Polizei, die ihrerseits darauf vertrauen dürfe, dass die Politik zu ihr stehe und stets die angemessenen Rahmenbedingungen schaffe, so dass die Polizei ihren gesetzlichen Auftrag wie immer professionell erfüllen könne.

Parallelgesellschaften gibt es auch im Frankfurter Bankenviertel

DGB-Vorsitzender Michael Sommer fand deutliche Worte: Die Polizei dürfe nicht ins Feuer geschickt werden für Entscheidungen, die die Politik über die Köpfe der Bevölkerung getroffen habe. Und: Die Polizei dürfe nicht zum Büttel



DGB-Vorsitzender Michael Sommer

gemacht werden für Versäumnisse von Justiz und Polizei.

Auch er machte seinen Standpunkt deutlich, dass die innere Sicherheit keine Sache von Bundeswehr und Sicherheitsdiensten werden dürfe.

Die Polizei leiste gute Arbeit und die Beschäftigten wollten deshalb auch gute Arbeit haben – also vor Überlastung bewahrt werden, einigermaßen familienfreundliche Arbeitszeiten haben, sie brauchten Schutz und wollten mit Würde behandelt werden!

Hinsichtlich der Sparmaßnahmen im

öffentlichen Dienst riet Michael Sommer: Wenn man als Staat Geld suche, gäbe es andere Quellen, als die seiner Diener.

Im Übrigen gäbe es nicht nur in Kreuzberg Parallelgesellschaften, es gäbe sie auch im Frankfurter Bankenviertel.

Wo Polizei draufsteht, muss auch Polizei drin stecken

Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel hat sich gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren und gegen den „drastischen Personalabbau“ bei der Polizei ausgesprochen. Er sei überrascht, dass



SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel

der Bund Deutscher Kriminalbeamter den Einsatz der Bundeswehr angesichts der aktuellen Bedrohungslage fordere: Wir sind hier nicht im Krieg. Für ihn sei der Garant der Gefahrenabwehr eine gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizei. „Daran darf sich in Deutschland nichts ändern!“. Es sei schlicht, so Gabriel weiter, für eine dauerhaft erhöhte Gefahrenabwehr brauche man mehr gut ausgebildete und ausgestattete Polizeibeamte. Alles andere schaffe nicht mehr, sondern weniger Freiheit:

„Die Debatte ist so alt wie die Aufgabe, die innere Freiheit in Deutschland zu sichern. Immer wieder tauchen Forderungen auf, andere als Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte als Garanten für diese innere Freiheit einzusetzen: Mal sind es Bürgerwehren, mal Hilfspolizisten, mal Soldaten. Ich sage Ihnen: Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen der Polizei. Und sie wollen sicher sein, dass dort, wo Polizei draufsteht, auch Polizei drin steckt.“

Gabriel sprach sich auch für eine Bundesfinanzpolizei unter dem Dach der Bundespolizei aus.



24. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS DER GDP

Diskutiert und abgestimmt

Über 224 Anträge haben die Delegierten auf dem Kongress abgestimmt. Hier nur ein kleiner Ausschnitt:

Kein Ersatz der Polizei durch Private

Mit aller Macht, so die einmütige Auffassung der Delegierten müssten die Pläne



Gerd Diefenthaler aus NRW diskutierte engagiert mit hohem Sachverstand und langjähriger Erfahrung bei der Antragsberatung.

der Bundesländer, fehlende Polizeikräfte durch Bürgerwehren, Bürgerstreifen und private Sicherheitsdienste zu ersetzen, durchkreuzt werden. Hobby-Polizisten und wenig qualifizierte Sicherheitsdienstler seien mit professioneller Polizeiarbeit klar überfordert. Dies gefährde im

Grundsatz das staatliche Gewaltmonopol, damit den Rechtsstaat und widerspreche dem berechtigten Bürgeranspruch auf die Gewährleistung von Sicherheit.



Dagmar Hölzl, Vorsitzende der Frauengruppe (Bund) der GdP: „Die Verwirklichung der Chancengleichheit von Männern und Frauen ist eines der Zukunftsthemen für unsere Gesellschaft.“

Armut bekämpfen, Bildung fördern = Innere Sicherheit verbessern

Der Bundesvorstand wird beauftragt, die Politik aufzufordern, konkrete Maßnahmen zu treffen, dass unverzüglich mit allen betroffenen gesellschaftlichen Gruppierungen, Vereinen und Institutionen ein Konzept mit zeitlich festgelegten Handlungsperspektiven entwickelt wird, um durch Armutsbekämpfung und Bil-

dungsförderung die Innere Sicherheit zu verbessern.

Chancengleichheit in der Polizei

Frauen stellen nahezu ein Viertel der Beschäftigten in der Polizei – mit steigender Tendenz. Als Vertreterin aller Beschäftigten in der Polizei wird sich die GdP daher für geschlechtergerechte Leistungsbewertung, faire Aufstiegschancen sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen.

Arbeits- und Gesundheitsmanagement in der Polizei

Die Delegierten forderten ein auf die Polizei und ihre spezifischen Belastungen und Beanspruchungen abgestimmtes Arbeits- und Gesundheitsmanagement.

Ein adäquates Arbeits- und Gesundheitsmanagement, das sowohl die „klassische“ betriebliche Gesundheitsförderung, als auch die Regelungen des Arbeitsschutzes beinhaltet, in einem Allround-Konzept zusammengeführt, könnte gesundheitliche Fehlentwicklungen mittel- und langfristig korrigieren.

Pensionsfonds

„Echte“ und für die Öffentlichkeit transparente Pensionsfonds für Beamtinnen und Beamte forderten die Delegierten. Transparent sollten diese Pensionsfonds sein, damit die Öffentlichkeit weiß, welche Gelder in diesem „Topf“ sind.

Die 224 Anträge sind nachzulesen unter: www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/buko_antraege



Abstimmungsmarathon: 224 Anträge standen zur Debatte.

Diskussion um Gewalt

Eines der wichtigsten Themen, denen sich die GdP zurzeit widmet, ist die Gewalt gegen die Polizei. Am letzten Kongresstag kamen Praktiker, ein Forscher, ein Politiker und die GdP ins Gespräch.

Unter Leitung von TV- und Radio-Journalist Dr. Thomas Hestermann diskutierten der Vorsitzende der Innenministerkonferenz und Hamburger Innen-



24. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS DER GDP



PHK Erika Krause-Schöne: Wenn man bei jeder Beleidigung eine Anzeige schreiben würde, käme man nicht mehr nach. Links Moderator Thomas Hestermann, rechts PHK Gerhard Kirsch.

Hamburg) sowie der neu gewählte GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut.

Was lässt Teile der Gesellschaft so verrohen, dass Gewalt gegen ihre Umwelt zum Alltag gehören? Ist es das dumpfe Abreagieren von Staatshass, was zu Gewaltausbrüchen gegen die Polizei führt? Ist es Inhaltsleere, die die Zuflucht zum Alkohol begünstigt und zu Gewaltausbrüchen nicht nur im familiären Bereich führt? Ist es das veränderte Freizeitverhalten, das zunehmend geistige Verwahrlosung, mangelnden Respekt und Schamlosigkeit hervorbringt?

Es gibt eine Menge Anhaltspunkte. Es gibt Studien, die Zusammenhänge und

senator Heino Vahldieck, der Leiter der Studie „Gewalt gegen Polizei“ und Chef des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen e. V. (KFN) Prof.

Dr. Christian Pfeiffer, PHK und stellv. GdP-Frauenvorsitzende Erika Krause-Schöne (GdP-Bundespolizei), PHK Gerhard Kirsch (stell. Vorsitzender GdP-

Nürnberg, Germany
11. – 14.3.2011



LawEnforcement@IWA

Powered by



IWA2011
& Outdoor Classics

High performance
in target sports, nature activities,
protecting people

Schützen ist Ihr Job.

Deshalb sollten Sie auf Nummer sicher gehen.
Mit Wissen von Profis für Profis:

- Weltangebot an Behördenwaffen
- Spezialprodukte für Behörden und Sicherheitsdienste
- Europäische Polizeitrainer-Fachkonferenz 
- Demonstration Area mit spannenden Vorführungen

www.lawenforcement.iwa.info

NÜRNBERG MESSE

Veranstalter

NürnbergMesse GmbH
Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 19
besucherservice@nuernbergmesse.de





GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut:

Wer in Deutschland Polizisten angreift, muss mit Strafe rechnen – und zwar sofort.¹

Prof. Dr. Christian Pfeiffer, Direktor des KFN: Es gibt einen Zusammenhang zwischen Zuflucht zum Alkoholmissbrauch und Gewaltanwendung.

Tendenzen erkennen lassen. Auf diesen Grundlagen muss dann aber auch gehandelt werden. Sonst bleibt alles Theorie – und die ist grau.

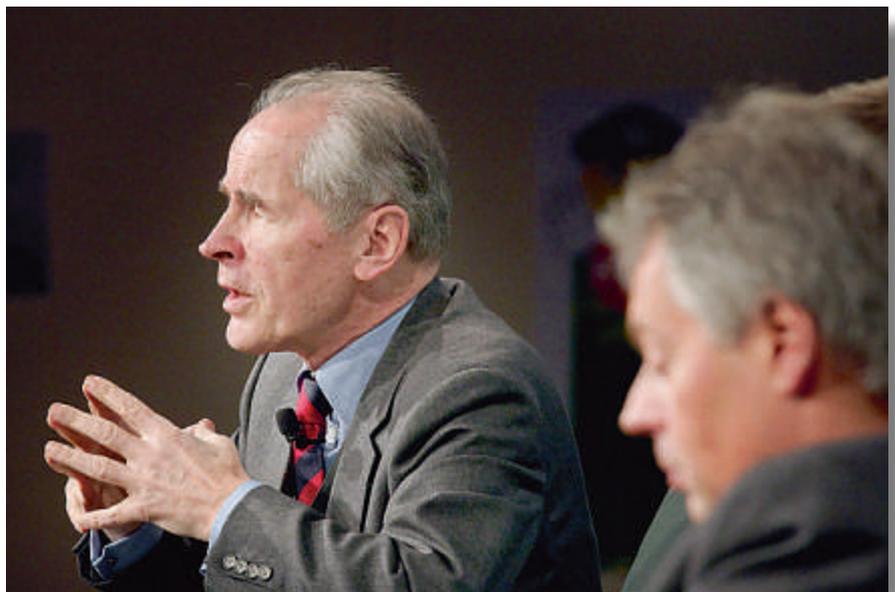
Fakt ist, dass Polizistinnen und Polizisten spürbar zunehmend Ziele von Gewaltangriffen sind. Dafür hatten die beiden Polizeihauptkommissare etliche Beispiele – auch aus eigenem Erleben. Das reichte vom Locken in einen Hin-

„ Einzige Forderung kann nur sein: Wer in Deutschland Polizisten angreift, muss mit Strafe rechnen – und zwar sofort.

Bernhard Witthaut

terhalt und gezielten Schlägen mit einem Baseballschläger auf den Kopf über Treten ins Gesicht eines Polizisten bis hin zum Bespuckt werden – ebenfalls ins Gesicht. Die Bundespolizistin Erika Krause-Schöne: „Spucken ins Gesicht, das tat schon weh. Das zweite Mal tat es weh, als der Täter ohne Strafe bei Gericht davon kam.“

Einzige Forderung könne nur sein: Wer in Deutschland Polizisten angreift, muss mit Strafe rechnen – und zwar sofort, so



Bernhard Witthaut. Und Erika Krause-Schöne ergänzte, außerdem müsse der Dienstherr hinter den Polizistinnen und Polizisten stehen. Anerkennung gab es dabei für die GdP: Sie war mit ihrem Rechtsschutz immer an der Seite der Kolleginnen und Kollegen.

Darüber hinaus sahen die Diskutanten Handlungsbedarf im Bereich der Prävention. Dazu gehören unbedingt Bildung, bundesweite Einschränkung des Alkoholkonsums, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und polizeiliche Prävention. Erika-Krause Schöne: Prävention ist das A und O. Aber stattdessen werden dafür die Gelder beschnitten.

Fazit

Als der Kongress am 24. November offiziell beendet worden war, lagen hinter



den Teilnehmerinnen und Teilnehmern drei inhaltsreiche, aber auch anstrengende



24. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS DER GDP



60 Jahre GdP – die viel beachtete Ausstellung war immer wieder Treffpunkt zum Erinnern und Diskutieren. Hier mit der „Macherin“ Laura Ede.

Das wird in den vier Jahren bis zum nächsten Kongress viel Arbeit bedeuten. Aber die GdP ist gut aufgestellt. Und gewerkschaftliche Arbeit kann viel Spaß und Freude machen, weil man sich unter Gleichgesinnten für Gutes einsetzt. Nicht immer folgt der Erfolg auf den Fuß, aber was die GdP in den 60 Jahren ihres Bestehens erreichen konnte, ist beträchtlich. Davon kündete auch die viel beachtete Ausstellung zum GdP-Jubiläum unserer Gewerkschaft.

Wie sagte doch Bernhard Witthaut zu Beginn des Kongresses: „60 Jahre lang haben wir für unsere Kolleginnen und Kollegen gekämpft und Erfolge erreicht. Lasst uns den Weg weiter gehen. Dafür brauchen wir einen langen Atem.“

**Texte: Marion Tetzner
Fotos: Hagen Immel**

Tage, die die facettenreiche gewerkschaftliche Arbeit widerspiegeln – und weil die große Politik Auswirkungen auf die Arbeit und das Leben jedes einzelnen

Mitgliedes und seiner Familie hat, wird sich die GdP genau um diese Dinge kümmern: angefangen von der großen Politik bis zur Interessenvertretung im Einzelfall.

Klimaschützer unter sich

Kernkraftwerk Neckarwestheim und Photovoltaik: CO₂-Ausstoß = Null



Gemeinsam in eine nachhaltige Energiezukunft.

Erneuerbare Energien und Kernenergie sind ideale Partner einer klimafreundlichen Stromversorgung. Sie erzeugen Strom, ohne dass CO₂ entsteht. Durch ihre hohe Flexibilität können Kernkraftwerke naturbedingte Schwankungen Erneuerbarer Energien, wie Windenergie, ausgleichen. Das sorgt für ein stabiles Netz und eine sichere Stromversorgung rund

um die Uhr. Eine Laufzeitverlängerung leistet einen großen Beitrag zum Klimaschutz: Die 17 deutschen Kernkraftwerke vermeiden pro Jahr bis zu 150 Millionen Tonnen CO₂. Das ist so viel, wie der gesamte Straßenverkehr in Deutschland jährlich verursacht.

Mehr Informationen unter www.kernenergie.de



Deutsches
Atomforum e.V.



2. Gewaltstudie bringt klare Ergebnisse

Jung, männlich, alkoholisiert und häufig nicht deutsch

Fast zehn Jahre nach der ersten Studie über Gewalt gegen Polizei hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gemeinsam mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) eine Folgestudie initiiert. Wie berichtet, haben zehn Bundesländer am ersten Teil, dem sogenannten quantitativen Bericht, teilgenommen.

Teil 2 der Studie – die sogenannte qualitative Studie – beschäftigte sich mit Ursachen und Auswirkungen der schwerwiegenden Verletzungen unserer Kolleginnen und Kollegen. Die Ergebnisse präsentierte das KFN Anfang Dezember 2010.

Eine deutschlandweite und alle Bundesländer umfassende Gewaltstudie wäre sicher noch aussagekräftiger, aber sie scheiterte am politischen Widerstand, insbesondere aus den Reihen der Union und einer kleinen Polizeigewerkschaft. Gleichwohl ist es gelungen, in zehn Bundesländern insgesamt 20.938 Polizeibeamte zu befragen. Von diesen Beamten haben in den Jahren 2005 bis 2009 12,9 % mindestens einen Gewaltübergriff erlebt, der eine mindestens eintägige Dienstunfähigkeit zur Folge hatte.

Den zweiten Teil der Studie initiierte die GdP. „Unser Ziel war es, Ursachen und Auswirkungen der schwerwiegenden Verletzungen unserer Kolleginnen und Kollegen zu erforschen, um so Material über das Ausmaß der Gewalt, aber auch für eventuell zu verändernde Schutzmaßnahmen zu erhalten. Die sogenannte qualitative Studie ist also die gemeinsame Studie von GdP und KFN“, betonte der Bundesvorsitzende der GdP, Bernhard Witthaut.

Die befragten Beamten wurden gebeten, Informationen zu geben, und zwar zu den Tätern, zum Geschlecht, zu den Einsatzbedingungen und auch zu den Einsatzorten. Abgefragt wurde darüber hinaus Art und Umfang der Verletzung, Behandlungszeit sowie Art und Dauer des Strafverfahrens, Umfang der strafrechtlichen Reaktion und Bewertung der Strafe durch den verletzten Beamten.

Die Täter von Gewalt gegen Polizeibeamte agieren zumeist alleine (74,8 %). Sie sind männlich (92,9 %) und in der Regel jüngeren Alters, rd. 60 % unter 25 Jahre.

Dass die Täter vornehmlich männlich sind, ergibt sich auch aus den Befunden der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zu den Tatverdächtigen von Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte. Im Jahr 2009 waren 87,2 % der Tatverdächtigen männlichen Geschlechts.

Migrationshintergrund

Die befragten Polizeibeamten gaben an, dass rd. 40 % der Täter von Polizeigewalt eine eindeutig benennbare nichtdeutsche Herkunft haben, wobei die Beamten nicht differenziert haben, ob der Täter deutscher Staatsangehöriger ist. Es kam auf die Wahrnehmung eines vorhandenen Migrationshintergrunds an.

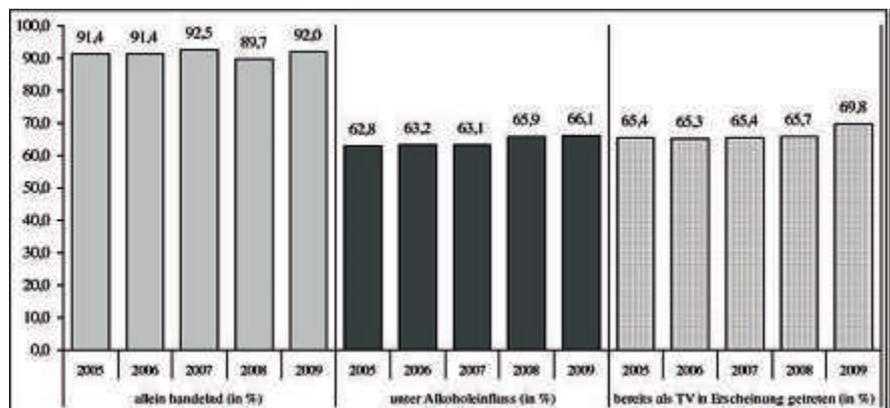
Das KFN stellt hierzu fest, dass Migranten unter den Gewalttätern gegen-

über der Polizei etwa doppelt so häufig zu finden sind, wie es ihr Anteil an der Grundgesamtheit erwarten ließ. Der Anteil nichtdeutscher Täter liegt in Ostdeutschland mit 11,4 % deutlich niedriger als in Westdeutschland und Berlin mit 42,4 %. Dieser Anteil verschärft sich in Großstädten mit mindestens 500.000 Einwohnern; hier liegt der Anteil nichtdeutscher Täter bei 51,5 %.

Einen interessanten Zusammenhang gibt es auch zur Übergriffssituation. Während bei Demonstrationen nur 24,7 % einen Migrationshintergrund haben, ist bei der Einsatzsituation Festnahme/Überprüfung verdächtiger Personen der Anteil nichtdeutscher Täter mit 54,2 % eher hoch. Gleiches gilt beim Einsatz Streitereien/Schlägereien ohne familiären Hintergrund mit 50,3 % nichtdeutscher Täter. 283 der in der Studie benannten 874 aufgeführten nichtdeutschen Täter stammen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion (32,4 %), 351 (40,2 %) der Täter aus islamischen Ländern und 202 (23,1 %) der Täter stammen aus der Türkei.

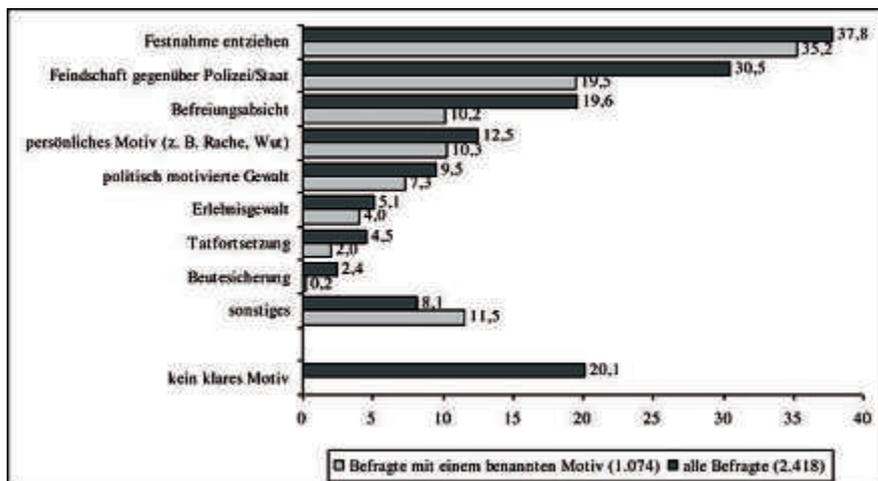
Feindschaft gegenüber Polizei und Staat

Als zweithäufigstes Motiv für den Übergriff auf Polizisten haben die befragten



Anteil an Fällen von Widerstand gegen die Staatsgewalt, die von allein handelnden, die von unter Alkoholeinfluss stehenden und die von bereits als Tatverdächtige in Erscheinung getretenen Tatverdächtigen verübt wurden, 2005 bis 2009 (in %)





Motive der Täter aus Sicht der Beamten (in %)

Grafiken aus: Ellrich et. al 2010 KFN 2. Zwischenbericht Gewalt gegen Polizeibeamte – Ausgewählte Befunde zu den Tätern der Gewalt

61,3 % der Fälle kam es zu Verletzungen des Täters, davon mussten 6,3 % stationär behandelt werden, nur 1 % der Fälle endete für den Täter tödlich.

Demonstrationen sind für Polizeibeamte anders zu bewerten als der normale Dienstatlag. Der Anteil an Gruppentaten ist bei Demonstrationen nachvollziehbar hoch. Bemerkenswert ist, dass im Rahmen von Demonstrationen von den Tätern am häufigsten gefährliche Gegenstände eingesetzt werden. Die psychische Belastungssituation ist besonders hoch, weil die verletzten Polizeibeamten Feindschaft gegenüber Staat und Polizei als Tatmotiv

erkannt haben. Art und Umfang der Verletzung war aufgrund der Schutzkleidung geringer. Zugleich bewerten die Beamten in jedem vierten Fall, dass der Täter in Tötungsabsicht gehandelt habe. Die Täter werden am seltensten festgenommen und bei Gewalttaten aus Demonstrationen gibt es die wenigsten Strafverfahren gegen die Täter.

Unbefriedigende Strafverfahren

In besonders negativer Weise schildern die befragten Beamten den von ihnen empfundenen Ausgang der durchge-

fürten Strafverfahren. Fast jedes dritte Strafverfahren wird eingestellt, mit Art und Umfang der strafrechtlichen Reaktion sind die Beamten unzufrieden. Selbst bei Übergriffen, bei denen es zu mindestens sieben Tagen Dienstunfähigkeit gekommen ist, finden sich zu 27,1 % Verfahrenseinstellungen. Bei weiblichen Tätern wird das Verfahren deutlich häufiger eingestellt als bei männlichen. Die Einstellung von Verfahren bewerten 85,5 % der befragten Kolleginnen und Kollegen als falsch. Bei Urteilen nach dem Allgemeinen Strafrecht wurden in 50 % der Fälle Geldstrafen verhängt, Freiheitsstrafen ohne Bewährung wurden bei Jugendlichen zu 17 % und bei Erwachsenen zu 15,3 % angeordnet. Wenn es zu einer Verurteilung des Täters gekommen ist, haben 61,6 % der Beamten die Meinung vertreten, dass die Strafe zu milde sei.

Im Frühjahr 2011 wird der Endbericht der Studie vom KFN vorgelegt werden. In ihm werden dann auch folgende Fragestellungen berücksichtigt sein: Wodurch wurde der Einsatz ausgelöst, welche Informationen standen den Beamten zur Verfügung? Welche Zusammensetzung hatte das Einsatzteam? Welche Unterstützung hatte das Opfer von Seiten des Dienstherrn, kann die Nachsorge verbessert werden? Welche Folgerungen gibt es zur Vorbeugung von Gewaltübergriffen?

Sascha Braun,
Justiziar des GdP-Bundesvorstandes

GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

Chance vertan oder „der verschossene Elfmeter“

Eine Nachbetrachtung der Gerichtsverhandlungen zu den Ausschreitungen in der Regionalliga Nord im Jahre 2009 (siehe DP 11/09) in Zeiten der Forderung nach härteren Strafen bei Angriffen auf Polizeibeamte:

16 Monate nach der Tat erfolgten die von allen mit Spannung erwarteten Prozesse zu den gewalttätigen Übergriffen sogenannter Fußballfans auf eine BFE in Halle (Saale). Dazwischen lagen eine Vielzahl von Ermittlungen und u.a. erfolgreiche Öffentlichkeitsfahndungen. Als damaliger Führer der eingesetzten BFE und gleichzeitig Geschädigter durch massive Angriffe mittels Holzlatten, scharfkantigen Blechplatten etc. hatte ich die Aufgabe, vor dem Amtsgericht Halle auszusagen.

Ausgangspunkt der Prozesse war der

Gewaltexzess halleischer „Fußballfans“ nach dem letzten Saisonspiel und verpassten Aufstieg in die dritte Liga in Halle (HFC – VFC Plauen am 7.6.2009). Bei den Angriffen des halleischen Mobs wurden damals mehrere meiner Kollegen durch Wurfgeschosse/Schlag- und Stichwerkzeuge wie Kanthölzer etc. verletzt.

Das Amtsgericht Halle sprach nun die ersten Urteile. Aufgrund der geständigen Einlassung der Angeklagten sowie der im Wege des Augenscheins in die Hauptverhandlung eingeführten Lichtbilder

vom Tatgeschehen stand der Sachverhalt fest. Bei der konkreten Strafzumessung ging das Gericht bei den sechs Personen zwischen 20 und 29 Jahren von einem besonders schweren Fall des Landfriedensbruchs gem. § 125a Ziffer 2 StGB aus. Die nachweisliche Tat beschränkte sich bei den Angeklagten auf das Werfen von einer oder mehreren Holzlatten auf die eingesetzten Polizisten ohne dabei jemanden zu treffen.

Das Gericht hielt bei den zwei erwachsenen Angeklagten eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten (wohlgemerkt die Mindeststrafe) für tat- und schuldangemessen. Beide waren geständig, zeigten in der Verhandlung echte Reue und Scham



Preiswert und aktuell

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie

Herausgegeben von:

Horst Clages, Ltd. Kriminaldirektor a. D.,
Klaus Neidhardt, Präsident der Deutschen
Hochschule der Polizei.

Format: 17 x 24 cm.

12,90 EUR [D], 23,30 sFr. je Brief im Abonnement und
14,90 EUR [D], 26,70 sFr. je Brief im Einzelbezug.



Neuerscheinung

Band 15: Todesermittlungen

Von

Andreas Freislederer,
Georg Stenzel,
Michael Weirich.

120 Seiten
ISBN 978-3-8011-0649-2



Zwei Kriminalbeamte und ein Rechtsmediziner zeigen in diesem Buch die wesentlichen Aspekte der anspruchsvollen Polizeiarbeit bei der Bearbeitung von Todesermittlungsverfahren auf.

Einleitend geben die Autoren eine allgemeine Einführung in den Themenbereich Todesermittlung. Im Hauptteil beschreiben sie ausführlich das Vorgehen und die Besonderheiten bei einzelnen nicht natürlichen Todesarten. Abschließend stellen sie spezielle Themen, wie etwa das Überbringen einer Todesnachricht, Identifizierung unbekannter Leichen und Schriftverkehr im Todesermittlungsverfahren anschaulich dar. Ein umfangreicher farbiger Bildkatalog rundet das Werk ab.

Bisher sind erschienen:

Band 1: Grundlagen der Kriminalistik/ Kriminologie

Von **Ralph Berthel,**
Thomas Mentzel,
Klaus Neidhardt,
Detlef Schröder,
Thomas Spang,
Robert Weihmann.
176 Seiten
ISBN 978-3-8011-0579-2

Band 2: Kriminaltechnik I

Von **Robert Weihmann.**
128 Seiten
ISBN 978-3-8011-0574-7

Band 3: Kriminaltechnik II

Von **Robert Weihmann.**
110 Seiten
ISBN 978-3-8011-0575-4

Band 4: Identifizierung von Personen

Von **Wolfgang Thiel.**
144 Seiten
ISBN 978-3-8011-0536-5

Band 5: Die Beschuldigten- vernehmung

Von **Michaela Mohr,**
Franz Schimpel,
Norbert Schröder.
106 Seiten
ISBN 978-3-8011-0540-2

Band 6: Grundlagen der Rechtsmedizin

Von
Wolfgang Huckenbeck.
120 Seiten
ISBN 978-3-8011-0564-8

Band 7: Polizeibeamte als Zeugen vor Gericht

Von **Heiko Artkämper.**
112 Seiten
ISBN 978-3-8011-0572-3

Band 8: Tatortarbeit

Von **Holger Roll.**
160 Seiten
ISBN 978-3-8011-0577-8

Band 9: Beschreibung und Identifizierung von Bekleidung

Von **Claudia Blumenthal,**
Wilfried Kohlhof,
Wolfgang Thiel.
136 Seiten
ISBN 978-3-8011-0588-4

Band 10: Brandermittlung

Von **Wolfgang Holzmann.**
136 Seiten
ISBN 978-3-8011-0597-6

Band 11: Polizeiforschung für Studium und Praxis

Von **Reinhard Mokros.**
109 Seiten
ISBN 978-3-8011-0606-5

Band 12: Bearbeitung von Jugendsachen

Von **Horst Clages** und
Reingard Nisse.
117 Seiten
ISBN 978-3-8011-0610-2

Band 13: Kriminalistische Fallanalyse

Von **Rolf Ackermann.**
156 Seiten
ISBN 978-3-8011-0631-7

Band 14: Der kriminalistische Beweis

Von **Norbert Westphal.**
174 Seiten
ISBN 978-3-8011-0642-3



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.vdpolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de • www.VDPolizei.de

über ihre Tat und beide machten in der Verhandlung auch nicht den Eindruck typischer Hooligans. Ihnen wurde weiterhin zu Gute gehalten, dass es sich nicht um Rädelsführer der Ausschreitungen handelte.

Und sie sind nach Aussage des Gerichts auch schon durch die verhängten Stadionverbote gestraft genug.

Tatzeit Heranwachsende, so dass hier Jugendstrafrecht (§ 105 Abs. 1 JGG) zur Anwendung kam. Dem Gericht erschien angesichts ihrer Geständigkeit und der Tatsache, dass sie zuvor niemals einschlägig aufgefallen waren, eine Auflage gem. § 15 JGG als ausreichend. Die Eintragungen aus der Vergangenheit bei zwei der Heranwachsenden wegen Diebstahls, Sachbeschädigung, Nötigung oder Fahren

lesenden, also sie waren geständig, zeigten Reue etc.

Die Polizei hat ihre Hausaufgaben hervorragend gemacht, jedoch lässt das Endergebnis aus meiner Sicht zu wünschen übrig.

Um mir nicht den Mund zu verbrennen, möchte ich es nur so formulieren: persönlich bin ich, auch im Hinblick auf die m.E. verpasste Chance,

der gestiegenen Gewalt gegen Polizisten durch eine entsprechende Strafe und der damit einhergehenden Signalwirkung entgegenzutreten, sehr enttäuscht.

Es steht mir nicht zu, die Justiz, in diesem Fall das AG Halle zu kritisieren, aber es bleibt ein ganz bitterer Beigeschmack. Der Strafraum reicht von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Wer dabei war oder sogar verletzt wurde, wie auch ich, der weiß, mit welcher ungeheuren Gewaltbereitschaft und teilweisen Brutalität gegen die Polizeibeamten vorgegangen worden war. Dem Gericht sind die Vorfälle nur die Mindeststrafe bzw. ein wenig darüber hinaus wert gewesen. Mit Verlaub, mir persönlich fehlt die Vorstellung über noch schlimmere und gewalttätigere Übergriffe, die das Gericht evtl. zur Ausschöpfung des Strafraums verleiten würden.

In allen Gremien, auf allen Ebenen wird über die Erhöhung der Strafraum, die Einführung neuer Normen diskutiert, es werden Forderungen erhoben, Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht. Unter Betrachtung der Urteile meines Erachtens nach wenig zielführend. Was nützt mir als Polizeibeamter die Erhöhung des Strafraums, wenn der Angeklagte doch nur die Mindeststrafe erhält? So werden wir den verloren gegangenen Respekt gegenüber uns Polizisten nicht zurückgewinnen.

Wäre ich Trainer einer Fußballmannschaft und das Ganze ein Spiel, so würde ich folgendes Fazit ziehen:

Auf die druckvollen Angriffe gut reagiert, die Ordnung wiederhergestellt, das Spiel die verbleibende Zeit dominiert, den Gegner an die Wand gespielt, doch letztlich im Abschluss versagt – und damit versäumt, für klare Verhältnisse inklusive nachhaltiger Wirkung zu sorgen.

Guido Steinert,
Landesbezirk Sachsen-Anhalt



Guido Steinert, PR-Vorsitzender Landesbereitschaftspolizei (LBP), Bezirksgruppenvorsitzender LBP und Mitglied in Fachausschuss Bereitschaftspolizei der GdP



Foto: Wolfram Steinberg/dpa

ohne Fahrerlaubnis möchte ich hier nicht unerwähnt lassen, auch wenn sie für das Gericht nicht von Belang waren.

Die Urteile im Detail

Den vier Angeklagten, zur Tatzeit Heranwachsende, wurde, je nach Tatbeteiligung (ob ein oder mehrere Würfe mit Holzplatten auf die Beamten) folgendes auferlegt: 80 bzw. 100 Stunden gemeinnützige Arbeit, die anderen beiden bekamen eine Geldauflage in Höhe von 500 bzw. 600 Euro.

Was den ersten Prozessen noch fehlte, nämlich die Haupttäter (Rädelsführer), hatte eine weitere Verhandlung zu bieten. Wie sonst sollte man einen Angeklagten (ein Erwachsener!) bezeichnen, der sich fast eine halbe Stunde darin übte, Kanthölzer auf die Beamten zu werfen, damit zu schlagen und zu stechen, seine Mitstreiter aufwiegelte und sogar Kanthölzer aufhob und an andere verteilte.

Auch dieser bzw. diese Angeklagten verließen den Gerichtssaal einzig mit einer Freiheitsstrafe von einem Jahr – natürlich ausgesetzt auf Bewährung – im Gepäck. Zusätzlich gab es noch eine Geldstrafe in Höhe von ca. 1.000 Euro. Die Begründungen des Gerichts waren analog der oben angeführten nachzu-

Da beide u.a. auch über gefestigte soziale Verbindungen verfügen, konnte die Strafe nach Überzeugung des Gerichts auch noch zur Bewährung ausgesetzt werden.

Vier weitere Angeklagte waren zur





Feststellung der Dienstunfähigkeit eines Beamten

Nach dem Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 17.6.2010 – 6 A 2903/09 – darf der Dienstherr die Feststellung der Dienstunfähigkeit eines Beamten darauf stützen, dass dieser sich ohne hinreichenden Grund weigert, sich wie angeordnet ärztlich untersuchen zu lassen. Dadurch wird die Benutzung eines Beweismittels schuldhaft vereitelt, was als Umstand gewertet werden darf, der für die Richtigkeit der Annahme des Dienstherrn zeugt. Anderenfalls hätte es der Beamte in der Hand, mit der Verweigerung der insoweit zweckmäßigen ärztlichen Untersuchung die Feststellung der Dienstunfähigkeit zu verhindern.

In dem konkreten Fall hatte der Beamte keinen hinreichenden Grund, sich von der durch den Dienstherrn angeordneten Untersuchung durch einen Facharzt zu entziehen. Es lag deutliche Anhaltspunkte für eine Dienstunfähigkeit vor. **Dr. Otto**

Disziplinarverfahren wegen kritischer Äußerungen bei Gerichtsverhandlung

Das VG Hannover hat entschieden, dass ein Polizeibeamter wegen kritischer Äußerungen bei einer Gerichtsverhandlung nicht aus dem Dienst zu entheben ist.

Gegen einen Polizeibeamten (Kläger) war vor dem Verwaltungsgericht ein Disziplinarverfahren anhängig, weil er einen Unfall auf der BAB 2 nicht ordnungsgemäß aufgenommen hatte. In der mündlichen Verhandlung am 5.10.2010 verteidigte sich der Kläger mit „deutlichen Worten“. Nach Schluss der mündlichen Verhandlung sprach er mit Journalisten, die der münd-

lichen Verhandlung beigewohnt hatten, und wiederholte seine Kritik. Dieses Verhalten nahm die Polizeidirektion Hannover zum Anlass, ein weiteres Disziplinarverfahren gegen den Kläger einzuleiten. Zugleich sprach sie ihm gegenüber die vorläufige Dienstenthebung aus.

Das VG Hannover hat dem Eilantrag des Polizeibeamten gegen seine vorläufige Dienstenthebung stattgegeben.

Eine vorläufige Dienstenthebung kann – so das Verwaltungsgericht – ausgesprochen werden, wenn im Disziplinarverfahren voraussichtlich auf die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis erkannt wird. Diese Voraussetzungen lägen nicht vor. Es spreche zwar manches dafür, dass sich der Kläger in der mündlichen Verhandlung in der Wortwahl vergriffen hat und damit gegen die Dienstpflicht verstoßen hat, dass sein Verhalten der Achtung und dem Vertrauen gerecht wird, die sein Beruf erfordert. Dies sei aber ein Dienstvergehen von nur geringem Gewicht, das eine Entfernung aus dem Beamtenverhältnis nicht rechtfertigen kann. Weitere Dienstvergehen seien dem Beamten – entgegen der Auffassung der Polizeidirektion – nicht vorzuwerfen. Das Gespräch mit den Journalisten im Anschluss an die mündliche Verhandlung stelle bereits deswegen keine Verletzung seiner Pflicht zur Verschwiegenheit und Loyalität dar, weil er den Journalisten gegenüber nichts anderes gesagt hat als in der mündlichen Verhandlung, die öffentlich gewesen ist. Sich gegen den Vorwurf eines Dienstvergehens in einer öffentlichen Verhandlung zu wehren, sei das gute Recht eines Beamten. Der Kläger habe auch nicht gegen die Wahrheitspflicht verstoßen, indem er in der mündlichen Verhandlung auf seiner Einschätzung bestanden hat, der in Rede stehende Vorfall sei kein Unfall gewesen. Dies belege zwar mangelnde Einsichts-

fähigkeit, stelle aber keinen Verstoß gegen die Wahrheitspflicht dar.

VG Hannover, Aktenzeichen: 18 B 5173/10

Getränk zum Mittagessen?

Das BVerwG hatte darüber zu entscheiden, ob ein vollständiges und vollwertiges Mittagessen ein Getränk beinhaltet.

Hintergrund der Entscheidung war eine vier Tage dauernde Fortbildungsreise eines Bundesbeamten, bei der es zwar ein unentgeltliches Mittagessen gab, jedoch die Getränke auf eigene Kosten erworben werden mussten. Bei Reisen zum Zwecke der Aus- und Fortbildung erhalten Beamte Tagegeld, das als pauschaler Ausgleich der Mehraufwendungen für die Verpflegung dienen soll. Dieses Tagegeld wird jedoch gekürzt, wenn der Beamte eine kostenlose Verpflegung erhält. Zu entscheiden war also, ob eine „kostenlose Verpflegung“ auch ein Getränk einschließt.

Das BVerwG hat diese Frage bejaht und die Revision als unbegründet zurückgewiesen.

Der maßgebliche Begriff der Verpflegung erfasse nach der Verkehrsanschauung die Versorgung mit allem zum Leben Notwendigen. Hierzu gehöre nach allgemeinkundigen ernährungsphysiologischen Erkenntnissen auch eine ausreichende Flüssigkeitszufuhr durch Getränke. Die Pauschale solle alles, was zu Erhaltung von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit des Beamten notwendig sei, und damit auch eine ausreichende Flüssigkeitszufuhr, abdecken.

Die beklagte Bundesrepublik Deutschland muss ihrem Beamten damit 38,40 Euro weitere Reisekosten erstatten.

BVerwG vom 2.09.2010 – Az: 2 C 54.09
Quelle: Landesrechtsanwaltschaft Bayern vom 06.12.2010



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Gewalt gegen die Polizei – Herbsttagung 2010 des EuroCOP-Komitees

Auf der Herbsttagung 2010 des EuroCOP-Komitees stand einmal mehr das Thema Gewalt gegen die Polizei ganz oben auf der Tagesordnung. „Unser Ziel ist und bleibt es, das Thema auf die Tagesordnung des EU-Ministerrats zu bringen“, formulierte EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer bei der Vorstellung der Kampagne, mit der EuroCOP das Thema gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen bis zum EuroCOP-Kongress im November 2011 weiterführen will.

Mitgliedsorganisationen sind über den Zeitraum der Kampagne aufgerufen, das Thema auch auf nationaler Ebene weiter auf der Tagesordnung zu halten. „Es geht uns darum, dass klar wird, dass Gewalt gegen die Polizei ein Thema in ganz Europa ist und nicht etwa nur in einzelnen Ländern“, so Kiefer weiter. Die derzeitige Vorsitzende des Rats der EU-Justiz und

matischen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auseinandersetzen. Hier ist in den vergangenen Monaten wieder Lettland in das Zentrum der Betrachtungen gerückt. Die Mitglieder des EuroCOP-Komitees zeigten sich erschüttert angesichts der Auswirkungen von Haushaltskürzungen in der Polizei: In den Dienststellen steht kein Trinkwasser mehr zu Verfügung, die Heizung darf nicht angestellt werden und angesichts des Zustands der Arrestzellen empfinden die Kolleginnen und Kollegen nur noch Scham. Einschränkungen in allen Bereichen sind an der Tagesordnung: Für Übungen mit Schusswaffen stehen sechs Schuss pro Monat zur Verfügung, Handschellen kaufen sich die Kolleginnen und Kollegen genauso wie andere grundlegende Ausrüstungsgegenstände meist selbst.

Bleibt die Frage, wovon? Lohneinbußen von 50 % seit Beginn der Finanzkrise bedeuten neben massiven Einschränkungen beim persönlichen Bedarf, dass Polizeibeschäftigte nicht mehr wissen, wie sie langfristige Kredite bedienen können.

Zur Katastrophe für die innere Sicherheit in Lettland gesellt sich damit die soziale Katastrophe der Polizeibeschäftigten. „Es ist unsere Pflicht, der europäischen Öffentlichkeit diese Zustände bewusst zu machen“, so Han Busker, Vorsitzender der niederländischen Polizeigewerkschaft NPB, die sich im Rahmen einer von Eu-

roCOP unterstützten Organisationspartnerschaft in Lettland engagiert.

Auch EuroCOP-Präsident Heinz Kiefer wurde deutlich: „Mitgliedsstaaten der EU haben die Kreditvereinbarung zwischen Lettland und dem Internationalen Währungsfonds unterschrieben, die zu genau diesen Zuständen führt.“ Damit



Zwei Gesichter des Polizeialltags – Poster zur EuroCOP-Kampagne „Die Beschützer schützen“.

Innenminister, die belgische Innenministerin Annemie Turtelboom, sieht EuroCOP hier auf dem richtigen Weg: „EuroCOP spielt eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, das Thema auf der europäischen Ebene nach vorne zu bringen. Die Forderungen von EuroCOP haben meine volle Unterstützung“, so Turtelboom in ihrer Rede vor dem EuroCOP-Komitee.

Einmal mehr musste sich das EuroCOP-Komitee auch mit den teilweise dra-



Exekutivkomitee (v. r.): Terry Spence (Nord-Irland), Miroslav Litva (Slowakei), Frank Richter (GdP), Heinz Kiefer, Mauricio Moya (Spanien), Jan Schonkeren (Belgien), Ana Nellberg (Schweden)
Foto: Jan Vellemann

verbindet sich die Forderung, dass die EU klare Standards für die Qualität und Professionalität der Polizei aufstellt. Kiefer: „Wenn wir Zustände wie in Lettland weiter ignorieren, werden wir uns vorwerfen lassen müssen, dass wir mit dem gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ein Luftschloss bauen.“

Der Auftrag an das Exekutivkomitee war schnell klar: Den Druck auf Entscheidungsträger mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen erhöhen, um dafür zu sorgen, dass sich die Bedingungen in der Polizei in Lettland wieder verbessern. Neben der Vorbereitung des EuroCOP-Kongresses im November 2011 eine weitere Aufgabe für ein teilweise neu besetztes Gremium: Für die bisherige 2. Vizepräsidentin Lillemor Melin Sving kam Terry Spence aus Nord-Irland neu ins Exekutivkomitee. Mit Ana Nellberg aus Schweden wurde ein weiteres Mitglied in das Gremium kooptiert. Neuer 2. Vizepräsident wurde Frank Richter, GdP. **Jan Vellemann**





Und **welchen Anteil** haben Sie an der Stressbewältigung Ihrer Mitarbeiter?

Die **betriebliche Gesundheitsförderung rechnet sich**, denn sie macht nicht nur Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch Ihr Unternehmen fit. Viele Unternehmen in Deutschland sind schon dabei.

Informieren Sie sich auf www.bundesgesundheitsministerium.de

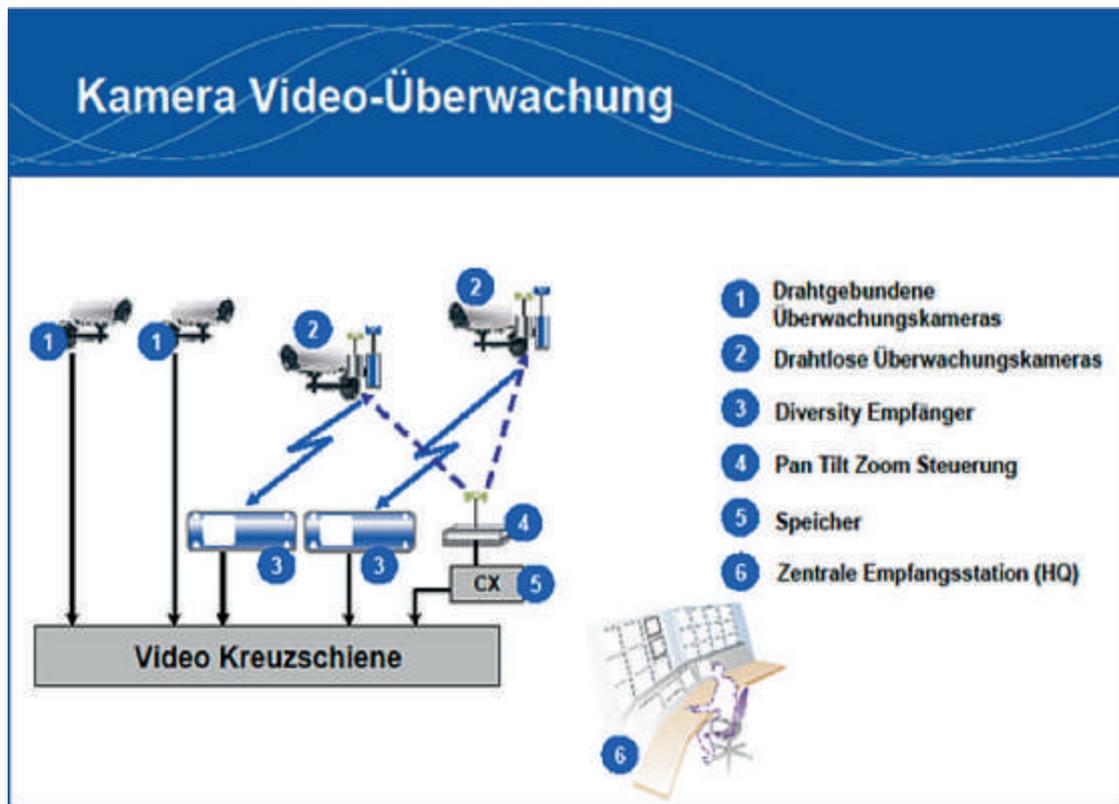
Moderne Kamera-Überwachung im täglichen Polizeieinsatz

Mobile und fest installierte Bildübertragungssysteme an öffentlichen Plätzen werden unter Berufung auf den Schutz der Privatsphäre immer wieder von Datenschützern heftig kritisiert. Aus Sicht der Einsatzkräfte ist die Anwendung dieser Technologie unverzichtbar, um Schutz- oder Aufklärungsmaßnahmen erfolgreich durchführen zu können.

Mit Hilfe von Live-Bildern vom Einsatzort, die über sichere Funkverbindungen zu einer zentralen Empfangsstation (HQ) übertragen werden, können Menschenmengen ein unberechenbarer „Mob“ formen, der eine Eigendynamik

Um bereits zu einem möglichst frühen Zeitpunkt Entwicklungen erkennen zu können und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, ist es notwendig, über Live-Videomaterial als wichtige Entscheidungshilfe – auch aus unterschiedlichen Betrachtungswinkeln – zu verfügen.

Ziel dieses Monitoring ist es, Menschen und Objekte vor Schaden zu bewahren, aber auch die eigenen Sicherheitskräfte zu schützen und entsprechend zu lenken, um deren Einsatzfähigkeit zu sichern und optimal zu nutzen. Moderne Überwachungssysteme bieten hier eine schnelle Verfügbarkeit, maximale Mobilität sowie eine hohe Flexibilität, so dass sie den Gegebenheiten vor Ort und den Einsatzzwecken optimal angepasst werden können. Hierzu gehört auch die Videoüberwachung aus einem Helikopter oder durch UAVs (unbemannte Flugobjekte), um einen Großlagenüberblick zu erhalten.



dungen zur Leitzentrale gesendet werden, können zum richtigen Zeitpunkt alle notwendigen Entscheidungen getroffen werden, damit Personal und Material zielgenau eingesetzt werden kann, um z. B. eine Eskalation bei Demonstrationen frühzeitig zu unterbinden.

Früherkennung problematischer Situationen

Überall dort, wo sich viele Menschen zu bestimmten Ereignissen zusammenfinden, kann sich aus einer berechenbaren

entwickelt, die weder von Einsatzkräften noch von eingeleiteten Schutzmaßnahmen zu kontrollieren und zu beherrschen ist.

Durch Früherkennung und geeignete Prävention ist es jedoch möglich, subversive Entwicklungen zu deeskalieren und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Anwendungsbeispiele hierfür finden sich z. B. in Sportstadien mit rivalisierenden Fan-Blöcken, bei Demonstrationen, öffentlichen Veranstaltungen oder auch großpolitischen Ereignissen wie der G8- Gipfel 2007 in Heiligendamm oder der Nato-Gipfel 2009 in Kehl.

Fest installiert, flexibel verbunden

Eine weitere mögliche Lösung besteht aus fest installierten oder mobilen Spezialkameras, die ein hochauflösendes Videobild liefern. Dazu gehören weiterhin Sendesysteme, die eine stabile Funkstrecke zur Empfangsstation in der Einsatz-Zentrale, zur Bodenstation oder zum lokalen Monitorpunkt aufbauen und letztendlich Empfangssysteme mit De-





Überwachungstechnologie

Kamera- und Funksysteme als taktische Maßnahme im täglichen Polizeieinsatz

Grafiken: BMS

coding, Visualisierung, Recording und gegebenenfalls Distribution innerhalb des Einsatznetzwerks. Die Empfänger sind optimal auf den jeweiligen Sender abgestimmt und liefern Bildmaterial, das eine Beurteilung und Einschätzung der aktuellen Situation möglich macht. Mit portablen Empfängern, die in einem Spezialgehäuse oder Transportkoffer untergebracht sind, können Empfangsstandorte auch kurzfristig gewechselt werden. Eine dynamische und flächendeckende Kontrolle ist somit über ein großes Areal sichergestellt. Aufgrund der Bildqualität sowie der Möglichkeit der Fernsteuerung (mit Zoomfunktion) moderner Kameras sind sogar kleinste Details aus großer Entfernung erkennbar, um eine unmittelbare Identifikation zu untermauern. Erweitert durch ein Distributionsnetzwerk haben so wichtige Einsatz- und Planungsstäbe gleichzeitig Zugriff auf relevantes Bildmaterial und können sich optimal abstimmen und koordinieren.

öffentlich genutzten Netzen wie GSM, UMTS und WiFi und deren Bandbreitenbeschränkung, d.h. eine Überlastung des polizeitechnischen Video-Funknetzes ist somit ausgeschlossen.

Auf einem Areal wie dem eines großen Volksfestes kommen z. B. insgesamt drei bis fünf fest installierte Kameras mit professioneller Funktechnologie zum Einsatz. Alle Szenarien, die einen polizeitechnischen Einsatz erfordern, sind somit frühzeitig in der Kommandozentrale erkennbar und steuerbar.

Zur Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit, zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit der Einsatzkräfte sowie für eine weiterführende beweiskräftige Strafverfolgung ist die Videoüberwachung ein modernes und zeitgemäßes Einsatzinstrumentarium und unterstützt die Polizeikräfte in ihrem täglichen Einsatz.

Unabhängig von öffentlichen Netzen

Durch Einsatz moderner COFDM (Coded Orthogonal Frequency Division Multiplex) Technologie sowie die Nutzung von speziellen Frequenzbändern ist sichergestellt, dass ausreichend Bandbreite zur Verfügung steht, um drahtlos Videodaten per Funk zu übertragen. Die Stärken von COFDM liegen hierbei in der Resistenz gegenüber dem allgemeinen störenden Mehrwegeempfang und dessen Echos. Mit der COFDM Funktechnik wird ein autarkes Netzwerk aufgebaut und die Einsatzkräfte sind unabhängig von

Für folgende Einsatzfelder sind Video-Funkstrecken sinnvoll einsetzbar:

- Großlagenüberblick
- Luftüberwachung lokal
- Offene Videoüberwachung
- Verdeckte Videoüberwachung
- UAVs und UGVs

Horst Müller

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis: BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913



Für Studium und Praxis



Strafrecht für Polizeibeamte

Band 1:
Grundlagen und Delikte
gegen die Person

Von **Holger Nimtz**.
1. Auflage 2009, 258 Seiten,
16,5 x 24 cm, Broschur,
19,90 € [D], 35,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0520-4

Band 2:
Delikte gegen das Vermögen und
gegen Gemeinschaftswerte

Von **Holger Nimtz**.
1. Auflage 2010, 303 Seiten,
16,5 x 24 cm, Broschur,
19,90 € [D], 35,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0647-8

Diese übersichtliche und gut lesbare Darstellung ermöglicht eine schnelle Einarbeitung in den Lehrstoff und eine effektive Prüfungsvorbereitung. Sie erfüllt alle Anforderungen an ein Lehrbuch für die polizeiliche Ausbildung und das polizeiwissenschaftliche Studium in Diplom- und Bachelorstudiengängen.

In Band 1 widmet sich der Autor neben einer Themeneinführung der Straftat und den Delikten gegen Personen. In Band 2 handelt er Delikte gegen das Vermögen sowie Delikte gegen Gemeinschaftswerte ab. Die komplexe Rechtsmaterie ist in beiden Büchern nach polizeilichen Bedürfnissen aufbereitet, ohne prüfungs- und praxisrelevante Bereiche auszuklammern.

Damit leistet dieses Buch sowohl für die polizeiliche Ausbildung und das polizeiwissenschaftliche Studium in Diplom- und Bachelorstudiengängen als auch für die Praxis wertvolle Hilfestellungen.

Der Autor:

Dr. Holger Nimtz, Regierungsdirektor, derzeit Dozent für Straf-/Strafprozessrecht und Eingriffsrecht im Fachbereich Polizei an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, dort u. a. zuständiger Landesfachkoordinator für Strafrecht.



Repetitorium Beamtenrecht

Fragen und Antworten
für die Praxis

Von **Josef Konrad Rogosch** und
Eckhard Wölke.
2. Auflage 2010, 160 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
19,90 € [D], 35,10 sFr.
ISBN 978-3-8011-0600-3

Dieses Repetitorium ist in seiner prägnanten Darstellung des öffentlichen Dienstrechts für jeden bestens geeignet, der einen schnellen und präzisen Zugriff auf diese Materie erlangen will. Es stellt umfassend die Problembereiche des allgemeinen Beamten- und Disziplinarrechts dar und greift daneben auch Fragestellungen zum Personalvertretungsrecht und zum Rechtsschutz auf. Dabei eröffnet das bewährte Frage- und Antwort-Konzept dem Leser einen unmittelbaren Zugang auf das jeweilige Problem und vermittelt ihm eine inhaltlich ausführliche Lösung.

Die Autoren:

Dr. Josef Konrad Rogosch, Jahrgang 1955, nach mehrjähriger Tätigkeit als Richter am Amtsgericht seit 2005 Professor an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg.

Eckhard Wölke, Rechtsanwalt und Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Köln.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.vdpolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de • www.VDPolizei.de

Unter vier Augen – Das Mitarbeitergespräch

Engagement und Zufriedenheit der Beschäftigten – das sind zwei Grund-säulen für erfolgreich agierende Organisationen oder Unternehmen. Ungelöste Probleme hingegen, die Konflikte und Krisen nach sich ziehen, hemmen und bremsen mitunter bis zum Stillstand.

Es gibt eine Menge Möglichkeiten, die zur Zufriedenheit der Belegschaft beitragen können. Eine davon ist ganz sicher das Mitarbeitergespräch. Eine Betrachtung aus Nordrhein-Westfalen von KR Jörg Konrad Unkrig

In der Geschäftsordnung der Behörden der Polizei NRW verankert und jährlich durchzuführen ist das Mitarbeitergespräch, kurz MAG. Ob es sich hierbei um ein einseitiges Führungsinstrument, neu- oder altmodisch, ohne Sinn für Vorgesetzten, Mitarbeiter und Organisation handelt oder aber um eine altbekanntes, aber oft zu wenig berücksichtigte Möglichkeit zum Dialog zwischen Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, das ist vorwiegend von den Akteuren und den Einstellungen dieser abhängig.

Sinn und Zweck von MAG

Ich halte das MAG für ein wichtiges, unabdingbares Instrument der Personalführung. Alle relevanten Themen des (Arbeits-)Alltags sollten regelmäßig (mindestens einmal pro Jahr) unter vier Augen zwischen Vorgesetztem und Mitarbeiterin/Mitarbeiter in diesem Rahmen anlassunabhängig besprochen werden. Mit dem MAG und seinen Inhalten ist sowohl „fördern“ als auch „fordern“ verbunden. Beide Gesprächspartner haben die Möglichkeit ihre Vorstellungen und Erwartungen gegenseitig darlegen und erläutern zu können und zugleich zukunftsorientiert ihre Zusammenarbeit zu reflektieren und Zielvereinbarungen zu treffen. Damit schaffen sie die Grundlage zur Realisierung (vom „Wissen zum

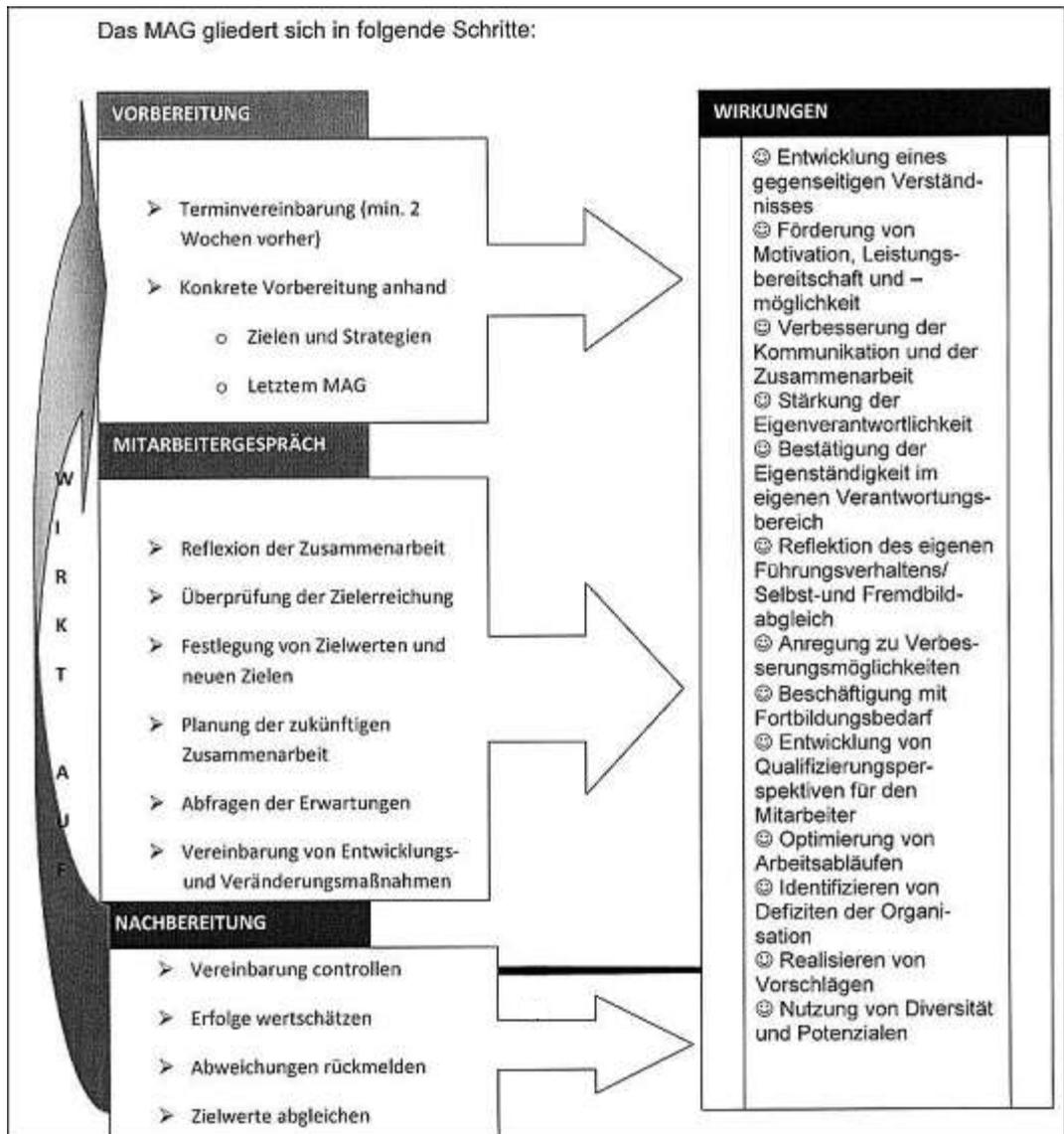
Tun“) einer für alle Beteiligten gewinnbringenden Kooperation.

Das MAG in der Polizei NRW ist an zwei Stellen verankert:

Zum einen in der Geschäftsordnung für die Kreispolizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen RdErl. d. Innenministeriums v. 22.10.2004 - 43.1 - 0302 -. Hier heißt es in § 5 „Führungsver-

antwortung, Handlungsverantwortung, Zusammenarbeit“:

(1) Die Vorgesetzten nehmen ihre Führungsaufgaben verantwortungsvoll und selbstbewusst wahr. Sie sind verantwortlich für die Personalführung und Personalförderung. Vor allem weisen sie die Beschäftigten in die Aufgabengebiete ein, steuern und koordinieren die Arbeitsabläufe, kontrollieren die Zielerreichung und die fachliche Güte der Arbeitsergebnisse. Sie fördern die vertrauensvolle Zusammenarbeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit anderen Organisationseinheiten und setzen sich mit Konflikten konstruktiv auseinander. Sie wenden die „Grundsätze für Zusammenarbeit und Führung (IM NRW)“ an und führen mit jeder und jedem Beschäftigten mindestens



FÜHRUNG

einmal jährlich ein Mitarbeitergespräch. Zum anderen ist das MAG verankert in den oben genannten „Grundsätzen für Zusammenarbeit und Führung“, hier heißt es u.a.:

Auch wenn das Zielvereinbarungsgespräch für viele Beteiligte anfänglich ungewohnt sein mag, ist es doch unverzichtbar. Es ist einmal pro Jahr als Teil des Mitarbeitergesprächs durchzuführen, zwischenzeitliche Zielkorrekturen bleiben unberührt. Seine Ergebnisse sind zu dokumentieren.

Richtig und wiederkehrend geführt, steigert das MAG die Motivation des Einzelnen (Mitarbeiter-/Vorgesetzteninteresse) und die Produktivität des Gesamten (Organisationsinteresse). Es gewährleistet den Informationsaustausch und -transport zwischen den Führungsebenen und liefert damit wichtige Impulse zur Leistungserhaltung und Leistungssteigerung sowohl der Mitarbeiterin/des Mitarbeiter als auch der Vorgesetzten/des Vorgesetzten.

Der konstruktive und offene Austausch zwischen den beteiligten Parteien hilft, Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen bzw. entstandene zu lösen, neue Strategien

zu entwickeln und realistische Ziele im Rahmen von Zielvereinbarungen festzulegen. Da die Arbeitsbelastung für jeden Einzelnen in den letzten Jahren stetig angestiegen ist, kommt dem MAG eine immer größere Bedeutung zu.

– Kreativität und Eigeninitiative freizusetzen. Die Führungskraft ist damit Motor und nicht Bremse für die Mitarbeiter. Dies ist aber nur dann möglich, wenn die/der Vorgesetzte die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennt und sie in

Das Mitarbeitergespräch ist

- ein langfristiger, wiederkehrender/aufbauen der Prozess
- ein anlassunabhängiges, isoliertes Gespräch

Die/der Vorgesetzte ist stärker als je zuvor gefordert, sachdienliche Kritik zu äußern, aber auch Bedürfnisse zu erkennen und Anerkennung zu zollen. Gleichzeitig ist es eine Möglichkeit das eigene Führungsverhalten zu überprüfen (Feedback) und Kritik auf- und anzunehmen.

Weiter gilt es, Motivationsanreize zu bieten und damit – auch bei der Polizei

das Gesamtgefüge der Organisationseinheit einfügen bzw. damit abgleichen kann. Die Mitarbeiter haben dazu Gelegenheit anlassunabhängig – also auch weitestgehend stressfrei – Rückmeldungen zu geben und sozusagen im „Gegenstromverfahren“ Abgleiche vorzunehmen.

Ein gut vorbereitetes, sich jährlich wiederholendes MAG bietet dafür die besten

Reise & Erholung

TIROL: „Wintertraum“ SEE-ISCHGL

Urgemütliches, freundliches u. sehr komfortables Hotel Garni (FW u. Komfortzimmer) lädt zum Verweilen ein. Schöne Aufenthaltsräume, Tagesbar, Sauna, Softbad, Infrarotkabine, Solarium, Hobbyraum, Massagen usw. machen Sie fit für den nächsten Wintertag. Eines der schönsten Skigebiete der Alpen mit über 360 Pistenkilometern verlangt Ihnen alles ab. Längste Naturrodelbahn Tirols, Winterwanderweg, Schneeschuhwandern, Langlaufen uvm. Gemeinsamer Skipass mit Ischgl, Samnaun, Galtür, Kappell u. See. Pauschalangebote inkl. Unterkunft u. Skipaß, stark ermäßigte Preise f. Kollegen u. Familien! Info: Hotel Garni BERGWELT, A-6553 See 19 Tel.: 00 43-54 41-83 97, Fax: -8397-19 E-Mail: bergwelt@aon.at, Homepage: www.bergwelt-see.at



Sommer Abenteuer bei uns

TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour, 1x grillen am Lagerfeuer und 2 ÜF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € 154,-

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6721

SPANIEN: COSTA DORADA

– südliches Tarragona –
Preisgünstiger Urlaub im Ferienhaus bis 4–5 Pers. in kleiner gemütl. deutsch. Ferienanl. mit großem SW-Pool, Grill, Gästebar mit TV. Hunde sind willkommen. E-Mail: los-vagos@gmx.net · Infos: www.los-vagos.de · Tel. +34 977 170529

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Südstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Büsum – Nordseeküste
gemütliche, ruhige FeWo, Strandnähe.
Tel. 04825/8505

Ferienhaus in Mittelschweden, schwedisches Holzhaus, 60 m², 40 km nördl. des Vätternsees. Ausst.: Waschma./TR., Gefrierschrank, Sat-TV, Angeln, Boot, Naturfreibäder. Preis 300 €/Woche. Tel.: 0 41 54/55 52 0. www.ferienhaus-schweden-koennecke.de

Bayerischer/Oberpfälzer Wald
Exkl. FeWo ab 30 Euro/Tag, Tel.: 0 99 72/15 60
www.ferienwohnung-gruber.de

Berchtesgaden-Obersalzberg: Ferienwohnung für 2–6 Personen, Hundezwinger vorhanden. Tel. 0 86 52/39 14, Fax. 0 86 52/65 77 99, www.ferienwohnung-haus-karlsbad.de

Ostseebad Prerow/Darbß
Koll. bietet neue komfort. FeWo mit EBK, SAT/TV, Balkon, f. 2–4 Pers. (01 51/55 59 62 59) home.arcor.de/f.bliedung



Top Angebot:
Rafting & Canyoning,
Grillplatte & Foto-CD
2 ÜF / Pension DU-WC,
pro Person nur € 140,00

www.cankick.at
info@cankick.at
Mob.: +43 (0)664 155 26 81

Bayerischer Wald, komfort. FeWo**** v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Mittlerer Schwarzwald
Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos, 50–90 m², für 2–6 Pers., ab 35 €/Tag, (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unserem Schwarzwaldtal viele interessante Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark, Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Tribberger Wasserfälle) in nächster Umgebung und **Natur pur.** Hausprospekt unter Tel. 0 78 23 / 9 65 65, Fax 9 65 66
www.mittelschwarzwald.de
Sie werden begeistert sein!

Insel Rügen, 4 familienfreundliche Fewos, 2 x 86 m², je 3 Zi., 2 Bäder, 2–7 Personen, 1 x barrierefrei für Rollstuhl geeignet, 1 x 45 m², 3 Zi. & 54 m², 2 Zi. 2–4 Personen. Kostenl. Kinderausstattung, Kinderwagen, Sonnenterrassen, gr. Garten mit Spielplatz. Tel. 03 83 02-8 85 11, www.fewo-blume.de

Ostsee
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60–90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick, Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise. Tel.: 0 45 63/70 21, Fax: 0 45 63/70 22 jochen.lipke@online.de

Franken, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 134,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

MAURITIUS
Kollege bietet App.- und Bung.-Anlage, direkt am Meer, ab 32,- €/p./Tag, inkl. HP. Tel.: 0 21 58/40 08 05, Fax: 0 40 46 71 www.mauritius-traumvilla.de

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zolkollege bietet komfort. Fewos für 2–6 Pers. in schöner Jugendstilvilla, Fahrradverleih Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23 www.heidehof-jonsdorf.de

Nordseeküste/Neßmersiel
Top-Fehs/FeWo am Meer!
0 23 92/6 41 05, www.Nordseewoge.de

Sylt/Westerland
Kollege vermietet FeWo, 40 m², zentral (Friedrichstr.), strandnah (Promenade 2 Min.), bis 3 Pers., Saisonpreise ab 49,- Euro Tel.: 01 73-665 1306 E-Mail: berndjuergensen@versanet.de



Voraussetzungen und Grundlagen. Alles, was zum Erfolg der Organisation und Gesprächspartner beiträgt, kann hier geklärt und in einem weiteren Schritt (Zielvereinbarung) festgelegt werden.

Vorbereitung und Ablauf

Obwohl in der Geschäftsordnung der Behörden genannt, ist es letztendlich jeder Führungskraft überlassen, wie sie MAG in ihrem Verantwortungsbereich konkret ausgestaltet. Einzelne Behörde haben für sich zusätzliche Handlungsempfehlungen verfügt, die den beteiligten Personen einen Rahmen geben und so mehr Handlungssicherheit erzeugen. Der nicht vertrauliche Teil dokumentiert, wem wann das MAG angeboten wurde und ob es tatsächlich durchgeführt wurde oder warum nicht. Es wird von beiden Beteiligten am Verfahren unterzeichnet.

Beispiel: Die Mitarbeiterin geht im ersten Drittel des Jahres in Pension. Sie verzichtet deshalb auf die formalisierte Führung eines MAG, weil Zielvereinbarung, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen nur begrenzt möglich sind.

Der nichtvertrauliche Teil der Dokumentation kann am Jahresende als Nachweis der Durchführung bzw. des Angebotes verwendet werden.

Im vertraulichen Teil legen die Beteiligten Inhalte des MAG fest. Wie der Name schon sagt, ist dieser Teil für beide vertraulich und nicht zur Weitergabe bestimmt. Darin kann u.a. die Zielvereinbarung für das weitere Jahr, die Fortbildungswünsche der Mitarbeiterin/des Mitarbeiters, das gegenseitige (Führungs-)Verhalten (Wahrnehmung) enthalten sein.

Beispiel: Der Mitarbeiter möchte sich gerne verändern und durch einen Stellenwechsel weiterentwickeln. Festgehalten werden dieser Wunsch und die Unterstützungsmöglichkeiten der/des Vorgesetzten.

Erfahrungen aus der Praxis

MAG werden nicht überall und von jedem Vorgesetzten durchgängig und konsequent wiederkehrend geführt. Teilweise werden sie mit Beurteilungs-, Konflikt- oder anlassbezogenen Personalgesprächen gleichgesetzt oder es wird ein-/beidseitig erklärt „wir sprechen doch jeden Tag miteinander“.

MAG erfüllen einen „tieferen Sinn“. Sie schaffen Vertrauen zwischen Vorgesetzten und Mitarbeiterin/Mitarbeiter und erzeugen Transparenz. Beide Gesprächspartner erfahren mehr über den anderen und durch

Rückkopplung auch über sich. Hierdurch kommt es fast zwangsläufig zu einem größeren Verständnis für die Situation und Handlungsweisen des anderen, das Klima verbessert sich.

Zeitlich sollte man pro MAG ca. zwei Stunden einplanen; an einem Ort an dem man sich ungestört unterhalten kann. In Betracht kommen hier neben Diensträumen auch externe Orte. So ist auch ein Spaziergang möglich. Die Einladung und



Jörg Konrad Unkrig, Kriminalrat, Leiter Staatsschutz im PP Wuppertal und Dozent an der FHSöV NRW im Fachbereich Kriminalistik und Training sozialer Kompetenzen.

die Benennung der Themen sollten schriftlich ca. 14 Tage vor dem Termin stattfinden. Auch sollte man nicht mehr als 1-2 MAG Gespräche pro Tag einplanen.

Fazit

MAG sind sinnvoll und ganz ohne Frage ein unverzichtbares, leider oftmals aber ein zu wenig beachtetes Führungsinstrument in der Polizei. Die Durchführung von MAG ist sowohl Verpflichtung für die Vorgesetzte/den Vorgesetzten als auch von Seiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einzufordern. Nur dann kann ein partnerschaftliches Miteinander wachsen und Problemstellungen in einer zukunftsorientierten, modernen Polizei können gemeistert werden.

Zu Inhalten und der Gesprächsführung findet sich sowohl im Internet, dem Intranet, den einschlägigen Publikationen und zudem in einzelnen Behörden ausreichend Infomaterial.

Vielleicht ist dieser Artikel für Sie Anlass zu fragen, wann Sie Ihr letztes MAG hatten (entweder als Geber oder Nehmer).

Jörg Konrad Unkrig

Ermittlungshilfe bei Zahlungskartenbetrug

In enger Zusammenarbeit haben Visa Europe und die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes eine Taschenkarte entwickelt, die Polizisten bei der Ermittlung von so genannten Skimming-Fällen unterstützen soll.

Skimming-Attacken werden in der Regel von Mitgliedern krimineller Organisationen begangen, die Geldautomaten technisch so manipulieren, dass sie an Karteninformationen und an die PIN des Karteninhabers gelangen können. Die Anzahl der Manipulationen an Geldautomaten ist im ersten Halbjahr 2010 massiv angestiegen. So wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bereits fast genauso viele Skimming-Fälle an Geldautomaten registriert wie im gesamten Jahr 2009.

Mit der Taschenkarte erhalten Polizistinnen und Polizisten praktische Hinweise und wichtige Anhaltspunkte, um „professionell“ manipulierte Geldautomaten zu erkennen. Auf Beispielbildern werden die von Betrügern genutzten technischen Hilfsmittel gezeigt, wie beispielsweise spezielle zusätzliche Aufsätze am Karteneingabeschacht oder auf der PIN-Eingabetastatur des Geldautomaten. Die Polizeibeamtinnen und -beamten werden außerdem darüber informiert, welche Sofortmaßnahmen sie bei der Feststellung eines manipulierten Geldautomaten ergreifen sollen. Schließlich enthält die Taschenkarte eine Übersicht über alle üblichen Merkmale und Sicherheitsfeatures einer Visa Zahlungskarte.

130.000 Exemplare der Taschenkarte werden in den nächsten Wochen an Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in ganz Deutschland zur Verwendung im täglichen Dienst ausgegeben.

Über Visa Europe

Visa Europe wurde im Juli 2004 als Mitgliedsorganisation gegründet und ist vollständig im Besitz und unter Kontrolle ihrer 4.000 europäischen Mitgliedsbanken. Seit Oktober 2007 ist Visa Europe mit einer exklusiven, unwiderruflichen und unbefristeten Lizenz von dem neuen weltweiten Unternehmen Visa Inc. vollständig unabhängig.



Das Märchen von der Bildungsrepublik

In Kinderbetreuung, Schulen und Universitäten wollte die Bundesregierung massiv investieren. Inzwischen ist klar: Das ehrgeizige Ziel wird verfehlt, die soziale Spaltung im Bildungssystem verschärft sich.

Sören Strelaus Schulweg mit dem Rad ist nicht zu jeder Jahreszeit ein Vergnügen. Von Soßmar, seinem Heimatdorf im Kreis Peine, sind es drei Kilometer bis zum Schulzentrum Hohenhameln. Das klingt nicht weit, doch im Winter ist die Tour an-

strengend und riskant. Den Schnee von der Landstraße schieben die Räumfahrzeuge kurzerhand auf den Radweg. Die Fahrspur ist spiegelglatt, die Strecke über Land durch unbewohntes Gebiet unbeleuchtet.

Früher fuhr der 14-Jährige, der die neun-

te Klasse der Realschule besucht, dann einfach mit dem Bus. Doch der Landkreis Peine will dafür nicht mehr zahlen. Die Mindestentfernung pro Wegstrecke, in der „Satzung zur Schülerbeförderung“ festgelegt, wurde von zwei auf drei Kilometer angehoben. Hohenhamelns Nachbarorte Harber, Ohlum und Soßmar liegen knapp unter dem neuen Limit – mit dem Ergebnis, dass die dort wohnenden Schüler kein

Kapitalmarkt

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Partner der Nürnberger Versicherung
Sollzins 12 Jahre 5,60% effektiver Jahreszins 6,68% nach neuer EU-Richtlinie
Beispiel 30-jährige Beamtin Sollzins 6,50% Laufz. 20 Jahre effektiver Jahreszins 7,45% 35.000,- € mtl. 322,90 € inkl. Lebensvers. 60.000,- € mtl. 552,52 € inkl. Lebensvers. Der Abschluß eines Versicherungsvertrages ist erforderlich.
 Kosten der Bank 2% = 700,- € bzw. 1200,- €, Darlehensnettobetrag 34.300,- € bzw. 58.800,- €
NEU: Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre.
Info-Büro: 08 00/7 78 80 00
 Fax-Nummer: 0 51 30/79 03 95
 vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark
E-Mail:
 jaeckel@beamtendarlehen-center.de
 www.beamtendarlehen-center.de

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 02 01/22 13 48
 Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100000 €.
 • Laufzeit bis 120 Monate
 • ohne Auskunft bis 7000 €
 45127 Essen · Gänsemarkt 21
 www.pecunia-essen.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
 Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif-☎0800-33 10 332
 Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Beamtendarlehen
 So könnte eine Vermittlung für Sie als o.D. Beschäftigter aussehen:
 20.000 € = mtl. Gesamttrate 233,91 €
 40.000 € = mtl. Gesamttrate 466,34 €
 80.000 € = mtl. Gesamttrate 1.029,84 €
 Laufzeit 12 Jahre, Beamtin 35 J., Zins 5,6 % p.a. eff. 5,99 % Laufzeit bis 20 Jahre mögl.
Top Hypothekenkonditionen Beleih. bis 110 %
 ☎ **02 31/9 14 51 45**
www.ifs-janke.de

Werbung gibt's an jeder Ecke. Blut nicht.

SPENDE BLUT
 BEIM ROTEN KREUZ

Termine und Infos
 0800 11 949 11
 oder DRK.de

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick!

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-beamtendarlehen.de
 Tel. 08 00 – 0 40 40 41 – Rufen Sie uns kostenfrei an

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg
NÜRNBERGER
 Beamten Lebensversicherung AG

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt · Postfach 31 36 · 46314 Borken-Wesek

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

Beamtendarlehen garantiert supergünstig Lfz. 7–20 J. 10.000 bis 125.000
 weil 30 J. einfach besser sind **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter** Kreditraten bis 50% reduzieren
AK-Finanz – warum mehr bezahlen Info: www.ak-finanz.de
 Wer vergleicht, kommt zu uns seit ü. 30 Jahren
 supergünstige Beamten-/Angestelltdarlehen z. B. B. a. L./Angestelltd. D. unkündbar 30 J. alt Lfz. 12 Jahre, Sollzins fest (gebunden) 5,6%, 50.000,- € Darlehensnettobetrag, mtl. Rate 566,56 € inkl. erforderlicher LV, Kosten der Bank 1000,- € = 2%, Darlehensnettobetrag 49.000,- €, effektiver Jahreszins 6,66%, bei 20 Jahren Lfz. Rate bis 1/3 niedriger.
 Laufzeitverkürzung durch Gewinnanteilverrechnung, Rufen Sie jetzt kostenfrei an. Baufinanzierungen ohne Eigenkapital bis 110% extrem günstig.

www.ak-finanz.de **AK FINANZ** Kapitalvermittlungs-GmbH, E 3, 11 Planken, 68159 Mannheim
 Telefax (0621) 178180-25, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de Gebührenfrei **Tel. 0800/1000500**





Monatsticket mehr erhalten. Sören Mutter Regina Strelau, Elternratsvorsitzende der Realschule in Hohenhameln, hält es für „nicht gerecht, wenn Familien mit mehreren Kindern über 100 Euro im Monat für Fahrkarten ausgeben müssen“. Sie berichtet von „Drillingen hier in der Schule“, für die das eine enorme Zusatzbelastung sei. Das Fahrrad hält sie nur im Sommer für eine brauchbare Alternative. Die dafür vorgesehenen Wege in der Umgebung des Schulzentrums seien „für ganzjähriges Benutzen nicht ausgestattet“. Zudem haben manche Schüler „gar kein Rad und erst recht keinen Helm“. Das Monatsabo für den Bus kostet 42,40 Euro pro Kopf, rechnet sie vor. Sie selbst könne sich diese Summe zwar leisten – doch in Haushalten mit wenig Einkommen fehle so schon für den Schulweg der Kinder schlicht das Geld.

Eine Geschichte aus einem Land, das die Kanzlerin 2008 zur „Bildungsrepublik“ ausgerufen hat. Bei einer Feierstunde zur „sozialen Marktwirtschaft“ benannte Angela Merkel einen Schwerpunkt ihrer künftigen Politik. Aus dem Motto ‚Wohlstand für alle‘ von Ludwig Erhard, dem Vater der Währungsreform nach dem Krieg, müsse jetzt ‚Bildung für alle‘ werden. Sie werde sich des Themas persönlich annehmen, so Merkel damals; im „Land der Ideen“ solle „jeder seine Chancen nutzen“ können.

Aus den Versprechungen ist nicht viel geworden, die Bildungsrepublik ein Märchen geblieben – wegen mangelnder finanzieller Unterstützung. Für 2007 hatte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) festgestellt, Deutschland gebe nur 4,7 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Bildung aus. Bund und Länder beschlossen daraufhin, die Investitionen für Bildung und Forschung bis 2015 auf zehn Prozent zu steigern – ein Anliegen, das sich auch der Koalitionsvertrag der schwarzgelben Koalition zu eigen machte. „Auf Basis der OECD-Zahlen

verliere seine Glaubwürdigkeit.

Spätestens nach der Ankündigung des Sparpakets der Regierung war klar, dass die Ziele der „Bildungsrepublik“ nicht erreicht werden. Es klappt eine Lücke von mindestens 13 Milliarden Euro. Statt mehr Abiturienten für das Studium zu gewinnen, drohte selbst eine bescheidene Bafög-Erhöhung am Kompetenzerangel zwischen Bund und Ländern zu scheitern: Erst in letzter Minute einigte man sich im Oktober 2010 auf eine Steigerung um zwei Prozent. Die Einführung von Elitestipendien, von der Wirtschaft kräftig unterstützt, hatte zuvor weit weniger Streit ausgelöst.

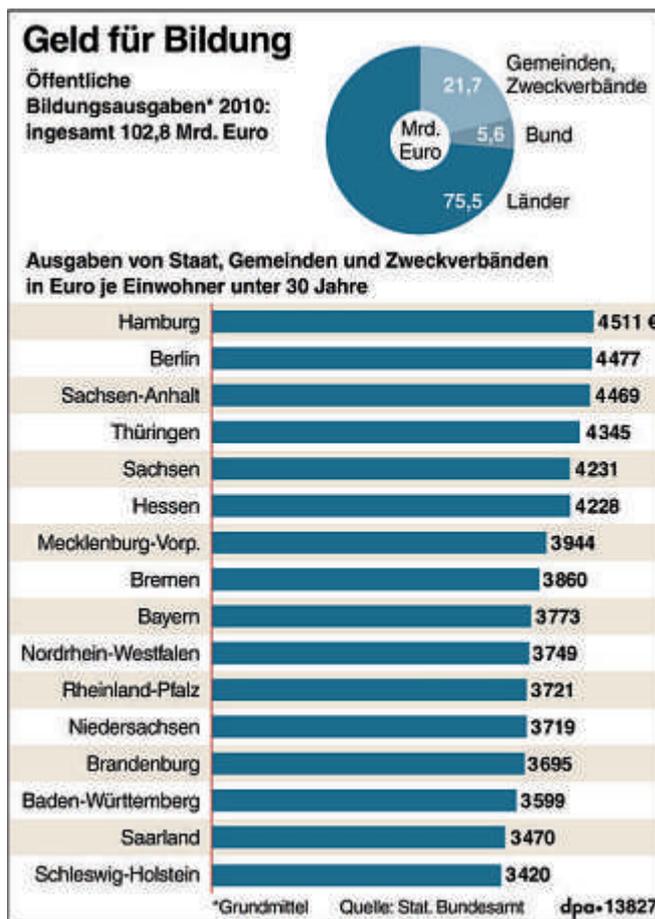
Soziale Schief-lagen prägen das Bildungssystem auf allen Stufen. Wer aus einem einkommenschwachen Elternhaus kommt, hat es deutlich schwerer als der Anwaltssohn oder die Arzttochter. Angesichts der Krise der Gemeindefinanzen erhöhen viele Kommunen die Gebühren für die Kinderbetreuung – oder sie streichen, wie im Kreis Peine, die Fahrkarten. Die frühe Trennung der Grundschüler schon nach der vierten Klasse verschärft die ohnehin sehr verschiedenen Ausgangsbedingungen weiter. Immer mehr Extrakosten für Bücher, Kopien oder Ausflüge fallen in

hätte das bedeutet, jährlich 40 Milliarden Euro mehr in Kitas, Schulen, Hochschulen und in die Weiterbildung zu investieren“, sagt Ulrich Thöne, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Wer „unter dieser selbst gewählten Messlatte zum wiederholten Mal durchspringt“,

den Schulen an. Teure Nachhilfestunden können sich nur die leisten, deren Nachwuchs es meist nicht nötig hat. Wem es dennoch aus einfachen Verhältnissen heraus gelingt, Abitur zu machen, für den werden Studiengebühren, wie sie die meisten Bundesländer eingeführt haben, zu einer zusätzlichen Hürde.

Bildungsrepublik Deutschland? Diese besteht aus 16 weitgehend unabhängigen Kleinstaaten, deren Politik sich im Rhythmus von Landtagswahlen und wechselnden Koalitionen ständig ändert. Die Ergebnisse der internationalen Pisa-Vergleiche haben die Verantwortlichen zwar alarmiert, passiert aber ist relativ wenig. Die jüngste Studie der OECD fordert die Bundesregierung zum wiederholten Male zu mehr Anstrengungen vor allem im Bereich der beruflichen Qualifizierung und der Hochschulen auf. Die Hörsäle der Universitäten sind überfüllt, und 1,5 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Wenn sie ihr Versprechen einlösen und Chancengleichheit herstellen will, hat Kanzlerin Merkel noch einiges zu tun.

Thomas Gesterkamp



Bundesweit einmalig: psychosoziale Prozessbegleitung

Um sich über das Thema Kinderschutz zu informieren, zu beraten und miteinander ins Gespräch zu kommen, trafen sich am 2. Dezember 2010 in der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow mehr als 350 Vertretern aus Politik, Justiz, Polizei, Medizin, Jugend und Soziales zur 4. Landeskinderschutzkonferenz.

Einstimmiger Tenor und Botschaft der Veranstaltung war, dass Kinderschutz erst durch das Zusammenwirken mehrerer Akteure gewährleistet werden kann. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist die Zusammenarbeit zahlreicher staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen im Bereich der Prävention und Repression. Denn „es geht um das Beste und Wertvollste was wir haben – unsere Kinder“, so Renate Holznagel, 1. Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern (M-V). Darüber hinaus waren die Ministerin für Gesundheit und Soziales M-V Manuela Schwesig, die Justizministerin M-V, Uta-Maria Kuder, sowie der Innenminister des Landes M-V, Lorenz Caffier, erschienen.

Im Rahmen der Veranstaltung, kamen die Handlungsbereiche aller verantwortlichen Akteure zur Sprache. Problem ist und bleibt weiterhin, dass es kein Patentrezept im Umgang mit sexueller Gewalt gegen Kinder gibt. Ein erster Schritt kann und muss daher sein, mit dem Verdacht nicht allein zu bleiben, sich Rat und Hilfe zu suchen.

Hierfür schuf das Land M-V in den vergangenen Jahren zahlreiche Plattformen und Anlaufstellen und förderte deren Vernetzung. Besonders erwähnenswert ist das Modellprojekt „Psychosoziale Prozessbegleitung“ des Justizministeriums M-V. Das bundesweit einmalige Projekt verfolgt das Ziel, die Belastungen, denen missbrauchte Kinder und Jugendliche als Zeugen in der Zeit des Strafverfahrens ausgesetzt sind, so gering wie möglich zu halten. Die professionelle Unterstützung durch Prozessbegleiter soll eine zweite Traumatisierung während des Gerichtsverfahrens verhindern, die Aussagebereitschaft der Opfer erhöhen, und hierdurch auch potentielle Täter abschrecken.

Ebenfalls Ende 2010 wurden zwei „Opferschutzambulanzen“ bei den Rechtsmedizinischen Instituten des Landes eingerichtet. Zweck ist die verstärkte Einbin-

dung der Rechtsmedizin bei der Verfolgung und Verurteilung von Straftätern. Opfern von Gewalt- und Sexualstraftaten wird ermöglicht, sich außerhalb eines Strafverfahrens rechtsmedizinisch untersuchen zu lassen. Verletzungen können so dokumentiert und gesichert werden und in einem möglichen Strafverfahren als Beweismittel verwendet werden.

Ein wichtiger Baustein zur Vernetzung der Jugendämter im Land bildet das „Bündnis Kinderschutz MV“. Während der Konferenz wurde die Internetseite www.buendnis-kinderschutz-mv.de durch die Ministerin für Gesundheit und Soziales, Manuela Schwesig, offiziell freigeschaltet.

Im Anschluss erhielten die Teilnehmer der Veranstaltung die Möglichkeit, verschiedene Fachforen zu besuchen. Prof. Dr. med. Andreas Büttner, Direktor des Instituts für Rechtsmedizin an der Universität Rostock referierte zum Thema „Das Erkennen und Bewerten von Spuren und Hinweisen auf sexuelle Gewalt aus rechtsmedizinischer Sicht“. Er betonte, die Bedeutung der rechtsmedizinischen Untersuchung im Prozess der Strafverfolgung. Alle Verantwortlichen, die bei ihrer tagtäglichen Arbeit Umgang mit Kindern haben, müssen für die Anzeichen sexueller Gewalt gegen Kinder sensibilisiert werden. Sind diese gegeben, sollte schnellstmöglich eine rechtsmedizinische Untersuchung zur Sicherung von Spuren durchgeführt werden. Aber er wandte auch ein, dass ein sexueller Missbrauch von Kindern nicht immer gleichzusetzen

ist mit physischer Gewalt. Das Fehlen von körperlichen Befunden schließt sexuelle Gewalt gegen Kinder nicht aus. Er rät zur Untermauerung der Vermutung, ob sexuelle Gewalt gegen ein Kind verübt wurde, neben dem diagnostischen Befund nach weiteren Beweismitteln im Umfeld und anhand des Verhaltens des Kindes zu suchen.

Die Rechtsmedizin ist eines von vielen Puzzlestücken zur Verfolgung und Verurteilung des Täters.

Sie kann auch unabhängig von jeder Strafverfolgung und damit losgelöst von einer Entscheidung der Staatsanwaltschaft Gefahren abwehrend zur Vorbe-



Soziales und Polizei Seite an Seite: Mecklenburg-Vorpommerns Sozialministerin Manuela Schwesig und Initiator der Landeskinderschutzkonferenzen in M-V, PD Rainer Becker. Foto: Doll

bereitung sorgerechter Entscheidungen des hierfür zuständigen Familiengerichts angefordert werden.

Die Veranstaltung schloss mit einer Podiumsdiskussion. Hierbei wurden einzelne Themen der Konferenz noch einmal aufgegriffen. Fazit der 4. Landeskinderschutzkonferenz ist, dass das Thema sexuelle Gewalt gegen Kinder die Grauzone des Schweigens durchbrochen hat. Viel Positives ist in Bewegung gekommen. Damit das so bleibt, müssen staatliche und nichtstaatliche Akteure weiterhin verstärkt miteinander kommunizieren und zusammenarbeiten. Fakt ist aber auch, dass für die kommenden Jahre noch ausreichend Handlungsbedarf für alle beteiligten Akteure besteht.

PKA in Steffi Dörris, FHöVPR



Rente mit 67 – Bericht der Bundesregierung

Wird der Überprüfungsbericht der Bundesregierung zur „Rente mit 67“ den gesetzten Maßstäben gerecht, erfolgt eine ehrliche Bestandaufnahme oder wird die Realität schöngefärbt? Darüber diskutierten am 8. Dezember 2010 in Berlin ca. 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und des Netzwerks für gerechte Rente auf Einladung des DGB.

Problembeschreibungen im Bericht, dem keine kritischen Bewertungen zugrunde gelegt worden wären. Fachkräftemangel werde als – fehlerhafte – Begründung für die Rente mit 67 herangezogen. Stattdessen komme der Weiterbildungsbedarf zu kurz, der Grundsatz Reha vor Rente

Am 17. November 2010 hat die Bundesregierung den Überprüfungsbericht zur „Rente mit 67“ veröffentlicht. Die Revisionsklausel war ein Erfolg von Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden im Gesetzgebungsprozess. Das Netzwerk für Rente (DGB und seine Einzelgewerkschaften, VdK, SoVD, Volkssolidarität, Paritätische Gesamtverband) hat seit 2006 den Arbeitsmarkt und die Entwicklung der sozialen Lage Älterer beobachtet und vier Monitoring-Berichte vorgelegt und damit einen Maßstab für



Foto: Rainer Jensen/dpa



Während Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am 17.11.2010 in ihrem Ministerium in Berlin auf einer Pressekonferenz das Festhalten an der Rente mit 67 verteidigt, protestierten Mitglieder der Gewerkschaft IG-Metall vor dem Bundeskanzleramt in Berlin. Mit der Aktion soll gegen die Rente mit 67 Jahren und das Sparpaket der Bundesregierung.

Foto: Stephanie Pillick/dpa

eine umfassende und realitätsnahe Überprüfung der „Rente mit 67“ gesetzt.

Nach intensiver Diskussion stand fest: Die Diskrepanz zwischen beiden Auffassungen bleibt bestehen. Während der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Staatssekretär Andreas

Storm, u. a. anhand steigender Lebenserwartung, Verlängerung des Rentenbezugsalters, Entwicklung der Geburtenziffer und Demografie die Unabwendbarkeit der „Rente mit 67“ darzulegen versuchte, kritisierten Wissenschaftler und Betroffene den Überprüfungsbericht. Der Vorwurf lautete: Unvollständige, einseitige

finde nicht ausreichend Raum. Der Arbeitsschutz müsste verbessert werden, um die Versicherten überhaupt in die Lage versetzen zu können, länger zu arbeiten. Bestimmte Personengruppen, z. B. Schwerbehinderte müssten besonders berücksichtigt werden. Unter dem Strich blieb: „Im Durchschnitt werden alle statistisch gleich behandelt.“ Und damit wurde dem Bericht bescheinigt: Nicht realitätsnah.

Körner



So vertraut und doch so fremd

25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den GdP-Landesbezirken Berlin, Brandenburg, Hessen, Schleswig-Holstein und dem GdP-Bezirk BKA nahmen vom 7. bis 14. November 2010 an einem Bildungspolitischen Seminar der GdP Schleswig-Holstein in Israel teil.

Israel und Deutschland sind durch ein vielschichtiges Netz verbunden. Seit 1965 gibt es diplomatische Beziehungen. Durch den national-sozialistischen Völkermord an den europäischen Juden gibt es gerade aus deutscher Sicht eine Verpflichtung,

sich mit dieser Zeit der dunklen deutschen Vergangenheit auseinander zu setzen.

So gelangten die Teilnehmer immer wieder mit den israelischen Gesprächspartnern an den Punkt, bei dem es hieß:



Die Seminar-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer in Israel

Foto: Rehr

Keine Familie mehr oder keine Angehörigen. Der Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem war deshalb auch ein zentraler Punkt dieses Seminars.

Mit Berufsausbildung, Bezahlung, Arbeitszeit, aber auch der regionalen Kriminal- und Verkehrsunfallstatistik setzten sich die 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Besuch des Polizeihauptquartiers in Haifa auseinander.

Den Besuch der Universität Haifa, Institut für Nationale Sicherheit, wird allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in lebhafter Erinnerung bleiben. Der Leiter des Instituts, Prof. Dan Sueftan, skizzierte mit offenen Worten die Situation des Landes, das umringt ist von Nachbarn, mit denen es wenig partnerschaftliche Beziehungen pflegt. Die Diskussion um die Zukunft der Zwei-Staaten-Lösung nahm breiten Raum ein.

Im Rahmen dieses Seminars wurden viele politische, wirtschaftliche, kulturelle, berufliche und vor allem geschichtliche Gespräche geführt. Auch die Gespräche bei der Friedrich-Ebert-Stiftung Herzlyia sowie bei kommunalen und religiösen Institutionen fehlten nicht.

Fazit: In Israel kommt uns Vieles ähnlich vor wie bei uns, aber es gibt auch Ungewohntes und Fremdes. Es lohnt sich, die Kontakte zu den Menschen und Institutionen dort fortzusetzen. Nur wer im Gespräch bleibt, kann den anderen besser verstehen. **Karl-Hermann Rehr**

ANKÜNDIGUNG

GdP dreht am Rad

Unter dem Motto „Tour de Courage gegen Gewalt“ und einer repräsentativen Schirmherrschaft plant der GdP-Bundesvorstand in der ersten Augustwoche 2011 eine Rad-Sternfahrt nach Berlin.



Die Vorbereitungen sind bereits im vollen Gange, die konkreten Routenplanungen jedoch noch nicht abschließend festgelegt und letztendlich abhängig von der Teilnehmerzahl.

Die Streckenführung ist zumeist so gewählt, dass überwiegend auf asphaltierten Radwegen und Kreis- und Landstraßen gefahren wird. Nur in Ausnahmefällen wird die Bundesstraße genutzt. Neben einer verkehrstechnisch weitestgehend konfliktfreien Routenplanung werden wir darauf achten, landschaftlich reizvolle Abschnitte mit einzubeziehen.

Die Touren sollen keinen Stress verursachen. Wir fahren kein Rennen! Die Veranstaltung ist daher genehmigungsfrei. Ziel ist, dass alle gemeinsam, gesund und

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der GdP-Tour 2007 Foto: GdP Hessen



ANKÜNDIGUNG

munter ankommen und wir die Öffentlichkeit mit unserem gewerkschaftlichen Anliegen erreichen. Gruppenerlebnis und Genießen einer reizvollen Landschaft sind ebenso wichtig.

Je nach Etappenprofil werden wir täglich zwischen 100 und 120 Kilometer zurücklegen. Das bedeutet einen Durchschnitt von 20 - 25 km-/h. In sechs Tagen werden somit rund 600-700 Kilometer möglich sein. Zielgruppe sind daher ambitionierte Hobbyradfahrer innerhalb der GdP. Niemand wird zurückgelassen.

Unsere „Besenwagen“, besetzt durch rüstige GdP-Pensionäre, können bei Bedarf jederzeit in Anspruch genommen werden.

Eine ausführliche Ausschreibung mit Organisationshinweisen erfolgt nach Planungsende in der DP und in den Landesbezirken.

Vorabinformationen über Jörg Bruchmüller, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der GdP.

E-Mail:
joerg.bruchmueller@gdp-online.de

Jörg Bruchmüller

MOSAIK

Informationsbroschüre der EU „Freiheit, Sicherheit und Recht für alle“

Die Europäische Kommission hat die Broschüre „Freiheit, Sicherheit und Recht für alle – Justiz und Inneres in der Europäischen Union“ herausgegeben. In dem Dokument werden u.a. die wesentlichen Maßnahmen der EU beschrieben, die zu einer Verbesserung der grenzüberschreitenden



Zusammenarbeit nationaler Polizei-, Justiz- und Zollbehörden beitragen sollen. Die deutsche Version der Broschüre kann unter folgender URL kostenlos herunter geladen werden:

<http://ec.europa.eu/publications/booklets/move/42/de.pdf>

Anne-Marie Orler zur obersten Polizistin der Vereinten Nationen ernannt

Die ehemalige Sektionsvorsitzende von Amnesty International Schweden, Anne-Marie Orler, ist zum UN-Police-Advisor ernannt worden. Die 49-jährige Schwedin ist somit Chefin von rund 13.000 Polizeibeamten aus 90 Ländern, die in 15 Friedensmissionen weltweit im Einsatz sind. Orler hat Journalismus und Rechtswissenschaften studiert, war Polizeibeamte und hat sich über 20 Jahre für Menschenrechte und gegen Folter engagiert.

Polizei-Newsletter 135

17. Internationale Polizei-Skimeisterschaft in Ofterschwang, Allgäu

vom 11.-13.2. 2011



Ein Winter-Highlight der besonderen Art, mit Sport für Jedermann (Alpin, Nordisch, Kombination und Mannschaftspokal) einer Schnee-Bar für alle und Party pur mit tollen Bands!

Liebe Kolleginnen und Kollegen (Dienstgruppen und Dienststellen),

überlegt nicht lange, tragt Eueren Urlaub, Überstunden oder Freizeit rechtzeitig ein und meldet Euch umgehend an!

Seit dem Winter 1992/93 haben sich unsere Skimeisterschaften bestens etabliert und sind für die meisten gar nicht mehr wegzudenken. Wer einmal daran teilgenommen hat, kommt garantiert wieder und bringt Freunde, Bekannte oder die ganze Familie mit.

Nähere Einzelheiten (Anmeldeformulare, Quartiere u.v.m.) gibt es im Internet unter www.swbayern.de



Gemeinde Ofterschwang

089/57 83 88 22 • www.swbayern.de

Die Organisatoren freuen sich auf Euch!



Mitgliederservice der GdP Sozialwerk der GdP Bayern GmbH

Hansastraße 17/1
80686 München
Tel. 089 / 57 83 88 22
Fax 089 / 57 83 88 21
www.swbayern.de

Dietmar Breher
Tel. 08321 / 4526
Fax 08321 / 4526
87527 Sonthofen
d.breher@gmx.de



Männer im Dilemma zwischen Beruf und Familie

Das Bild des Mannes ist derzeit im Wandel. Als Vater ist er heute nicht mehr nur Ernährer, sondern soll und will sich auch den Kindern widmen. Das bringt ihn unter Druck, zeigt eine Studie des Zentrums Gender Studies der Universität Basel (<http://genderstudies.unibas.ch>). Interviewt wurden dazu 60 Akademiker, teils mit und teils ohne Kinder. „Manche Entscheidungen spitzen sich bei Akademikern zu, da die Familiengründung wegen des Studiums und der häufigen Karriere der Partnerin oft später erfolgt. Die Situation anderer Milieus dürfte jedoch ähnlich sein“, berichtet Studien-Mitautorin Diana Baumgarten.

Väter gelten weiterhin als Hauptverdiener der Familie. Geändert hat sich jedoch die Einstellung zur Familie. „Die meisten Männer wollen sich anders als ihre eigenen Väter verhalten, die sie oft als distanziert oder nicht als adäquates Gegenüber erlebt haben. Viele möchten zeitlich mehr oder zumindest deutlicher spürbar für die eigenen Kinder anwesend sein.“

Die Ansprüche der Gesellschaft an Eltern werden immer höher, während jedoch der Beruf weiterhin das männliche Selbstverständnis bestimmt. Wer beide Rollen unter einen Hut bringen will, stößt oft auf Grenzen, denn etwa Teilzeitarbeit

ist Männern noch kaum möglich. Manche resignieren und entscheiden sich gegen eine Familiengründung. „Das geschieht meist nicht aus hedonistischen Karrieregedanken, sondern da solche Männer glauben, die Vereinbarkeit nicht bewerkstelligen zu können“, berichtet die Forscherin.



Umbruch noch nicht abgeschlossen

Der Schritt zur Familiengründung, den Männer heute zumeist mit ihrer Partnerin gemeinsam planen, bringt jedoch auch Chancen. So orientieren sich Männer zu diesem Zeitpunkt etwa beruflich neu, oder die Partner teilen die Erwerbsarbeit untereinander neu auf, damit sie die Kinder intensiver betreuen können. Männer achten besonders darauf, trotz Kindern eigene Freiräume etwa für Hobbys, Freunde oder eine jährliche Skitour zu erhalten. „Bei Eltern ist heute zu beobachten, dass es immer

weniger einen festgelegten Alltag gibt, sondern dass die Rollen ständig neu verhandelt werden“, so Baumgarten.

Die Rolle des Mannes ist somit im Umbruch, das Ziel noch nicht erreicht. Wie dieses aussehen wird, ist laut der Basler Gender-Forscherin noch nicht eindeutig entschieden. Einiges deutet jedoch darauf, dass in Zukunft alte und neue Rollenbilder parallel nebeneinander existieren. „Manche Männer sind verunsichert und übernehmen wieder traditionelle Muster. Doch auch der gesellschaftliche Rückhalt und die Akzeptanz neuer Vatermodelle wächst.“

Teilzeit für beide gefordert

Politisch fordern die Studienautoren bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch für Männer. „Teilzeit-Stellen oder eine Reduzierung der Arbeitszeit um zehn oder 20 Prozent sind in vielen Berufen noch ein Novum und erfordern viele Verhandlungen.“ Unterstützt werden sie dabei von einer aktuellen GfK-Studie, der zufolge die Mehrheit sowohl der Frauen als auch der Männer Teilzeit für beide Elternteile befürworten. In die Praxis setzen dies dennoch nur verschwindend wenige Männer um. „Das Umdenken ist noch nicht geschehen. Nach wie vor werden Überstunden und Vollzeitkarriere glorifiziert“, so Baumgarten.

presstext vom 5.11.2010

Virtuelle Dschihadisten und das Social Web

Eine Studie des Instituts für Human und Sozialwissenschaften der Landesverteidigungsakademie in Wien (IHSW) hat sich mit den Aktivitäten von Dschihadisten im Internet beschäftigt. Neben einer grundsätzlichen Einführung in das Thema Islamismus und Internet fokussiert die Untersuchung insbesondere die Aktivitäten von Sympathisanten des Islamismus, die sich überwiegend im Internet abspielen (virtuelle Dschihadisten). Dabei zeigte sich, dass Plattformen des Social Web wie Twitter und Facebook zunehmend als Bühne für islamistische Propaganda verwendet werden.

Weitere Informationen:
<http://www.bundesheer-oesterreich.info/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=519>

Polizei-Newsletter 133

Außerfamiliäre Kinderbetreuung nimmt zu

Immer mehr Kinder unter drei Jahren besuchen Kindertagesstätten, Kindergärten oder andere Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im März 2010 rund 472.000 Kinder in diesem Alter außerhalb des Elternhauses betreut. Das waren 55.000 Kinder mehr als ein Jahr zuvor. Der Anteil der Unter-Dreijährigen in Tagesbetreuung, die so genannte Betreuungsquote, stieg damit bundesweit auf 23,1 Prozent. 2009 waren es noch 20,4 Prozent. Wie in den Vorjahren war in den ostdeutschen Bundesländern die Betreuungsquote mit 48,1 Prozent fast dreimal so hoch wie in den westdeutschen, wo sie bei 17,4 Prozent lag.

Aus: Böckler Impuls 18/2010



Aus: Böckler Impuls 18/2010



Deutsche Bundesbank vermisst 13,6 Mrd. Mark

Mit der Einführung des Euro in Deutschland 2001 verschwand die D-Mark weitestgehend aus dem öffentlichen Leben. Neun Jahre später vermisste die Deutsche Bundesbank nach Angaben des Bundesverbands deutscher Banken zum Stichtag Ende 2009 rein rechnerisch noch immer 13,6 Mrd. D-Mark. Auf den heutigen Euro umgelegt ergibt dies die stolze Summe von rund sieben Mrd. Euro. Viele Privathaushalte sind oft ahnungslos.

Gegenwärtig gebe es über den Verbleib des Altgeldes viele Spekulationen. Vor allem bei Touristen und auch bei



Münzsammlern wird ein Großteil des Bestandes vermutet.

Fest steht, dass von der vermissten deutschen Altwährung 6,6 Mrd. D-Mark in

Banknoten und knapp sieben Mrd. D-Mark-Münzen noch nicht umgetauscht wurden. Dabei ist ein Umtausch weiter in den Filialen der Deutschen Bundesbank gratis und unbefristet möglich. Ein Euro ist 1,95583 D-Mark wert. Es gilt damit der gleiche Kurs wie damals beim Start der europäischen Gemeinschaftswährung. Private Kreditinstitute nehmen das Altgeld in der Regel nicht mehr an.

„Vor dem Umtausch sollte man sich informieren. Denn es kann vorkommen, dass manche D-Mark-Geldscheine und -Münzen begehrte Sammlerobjekte sind und im Fachhandel sowie auf Auktionen ein Vielfaches des Nennwertes bringen“, erklärt Topar gegenüber presstext. Dies gelte für gut erhaltene, möglichst bankfrische Exemplare aus der Frühzeit der D-Mark. Auch die frühen Fünfmarg-Gedenkmünzen aus den 50er Jahren seien inzwischen äußerst gefragt.

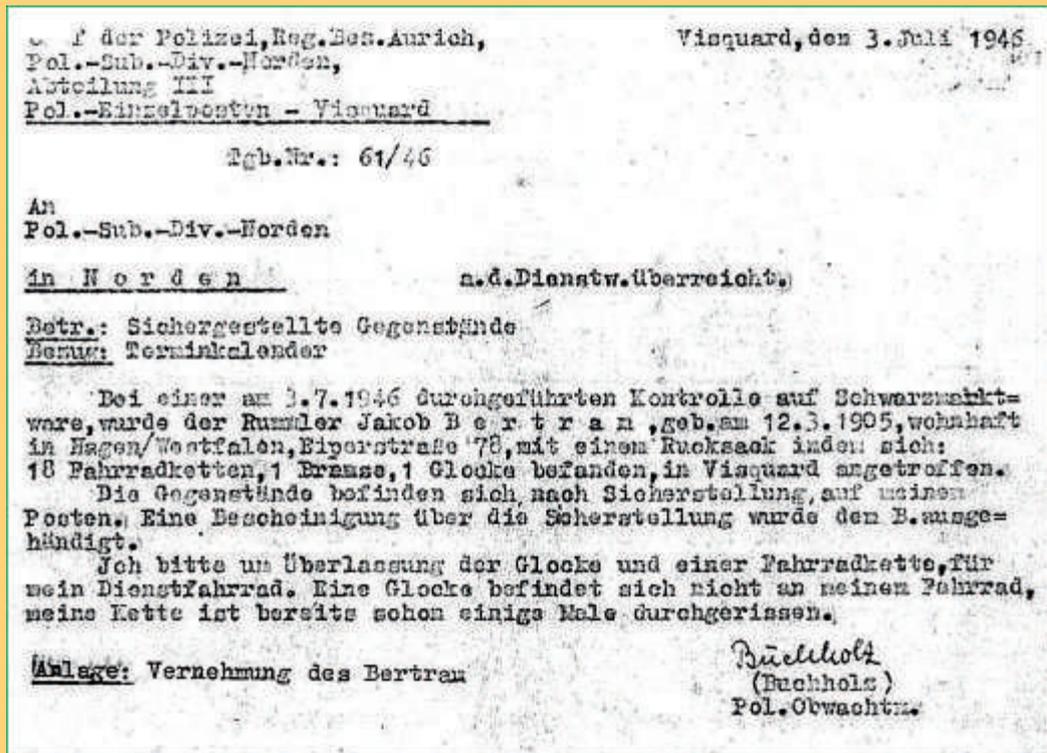
presstext vom 3.11.2010

Fundgrube

Unser Leser Helmut Ross hat uns das nachfolgend abgebildete Dokument zugesandt. Er hat es 1968 von seinem Vorgänger Buchholz übernommen.

Historisches aus der Polizeigeschichte ist sicher für viele Leserinnen und Leser interessant. Wir möchten daher alle ermutigen, uns interessantes historisches Material zur Veröffentlichung in unserer Zeitung zu schicken oder auch bemerkenswerte Begebenheiten oder Erinnerungen selbst aufzuschreiben. Vieles verdient einfach nicht, in Vergessenheit zu geraten.

Marion Tetzner



Unsere Anschrift:
Gewerkschaft der Polizei
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin

Per E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Per Fax: 030 - 39 99 21 - 200





JUNGE GRUPPE (GdP) hat die Zukunft im Blick

Der 24. Ordentliche Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei ist beendet. Wieder einmal war es für die 254 Delegierten der Landesbezirke und Bezirke an der Zeit, die Eckpfeiler der nächsten vier Jahre polizeilicher Gewerkschaftsarbeit zu stecken. Mit einem besonderen Interesse verfolgten die unter den Delegierten

Persönlichkeiten. Insbesondere die Anwesenheit des Bundespräsidenten der Bundesrepublik – Christian Wulff – und des Bundesinnenministers Thomas de Maizière verwiesen auf den immensen Stellenwert, den die Gewerkschaft der Polizei auf der politischen Ebene und unter den Gewerkschaften hat.

der Agenda des Bundesvorstandes vertreten. „Die JUNGE GRUPPE (GdP) ist nicht nur der Hort für junge Gewerkschaftsmitglieder. Die JUNGE GRUPPE (GdP) steht vielmehr für die politische Teilnahme, für die Gewinnung neuer junger Mitglieder und für die Zukunft der GdP. Die demographische Entwicklung ist eine Tatsache und wird die Gewerkschaftsarbeit aller Gewerkschaften vor schwierige Aufgaben stellen. Der JUNGEN GRUPPE (GdP) ist dies sehr bewusst. Wir wollen alle neuen Polizistinnen und Polizisten mit Qualität überzeugen und ihnen etwas bieten, was keine andere Polizeigewerkschaft jungen Polizeibeschäftigten heutzutage bietet. Wir wollen jungen Beschäftigten in der Polizei die Möglichkeit bieten, Einfluss auf die eigene Zukunft zu nehmen“, so die Bundesjugendvorsitzende Sabrina Kunz.



Begehrte JUNGE GRUPPE-Sticker auf dem Kongress

Fotos: Torsten Rohde

anwesenden JUNGE GRUPPE-Mitglieder diesen 24. Ordentlichen Bundeskongress. Für viele der noch jungen Teilnehmer/Innen, war diese erste Kongressteilnahme etwas ganz Besonderes. Erneut war der Kongress gespickt mit politischen

Mit dem Verlauf des Kongresses zeigte sich die Bundesjugendvorsitzende der JUNGE GRUPPE (GdP) sehr zufrieden. Viele der vom Bundesjugendvorstand eingereichten Anträge fanden bei den Delegierten Gehör und sind ab sofort auf

Diesbezüglich zeigte sich der Bundesjugendvorstand sehr erfreut, dass durch die Annahme des Antrags C 75 die Stelle eines hauptamtlichen Bundesjugendleiters in der Bundesgeschäftsstelle für die Zukunft gewährleistet ist und die Arbeit der JUNGE GRUPPE (GdP) weiterhin mit der Intensität fortgeführt werden kann, für die sie in der Vergangenheit bekannt war. „Mit einem hauptamtlichen Bundesjugendleiter haben wir Ehrenamtlichen die Unterstützung, die wir brauchen und damit erhält unsere Arbeit die entsprechende Wertigkeit“, so Sabrina Kunz abschließend zu dem Bundeskongress in Berlin.

Torsten Rohde

Die Seminarplanung der JUNGE GRUPPE (GdP) für das Jahr 2011 steht fest.

Eine detaillierte Beschreibungen der Seminarinhalte sowie die Teilnahmebedingungen findet Ihr auf der Homepage der JUNGEN GRUPPE (GdP) www.gdpjg.de.

Die Anmeldung ist ab dem 10.1.2011 (12 Uhr) Uhr auf der Homepage der JUNGEN GRUPPE (GdP) möglich. Die Teilnehmer/innen werden in der Reihenfolge ihrer Anmeldung den Seminaren zugeteilt.

Folgendes Seminarangebot steht 2011 zur Auswahl:

Seminar 1:

Rhetorik: Die Kunst der freien Rede
4. bis 6. April 2011 in Brakel

Seminar 2:

Fit im Job:
14. bis 17. Juni 2011 in Lindow

Seminar 3:

Europaseminar: Belfast (Nordirland)
26. September bis 1. Oktober 2011

Seminar 4:

Der Polizeibeamte als Zeuge vor Gericht
22. bis 24. November 2011 in Karlsruhe



Die JUNGE GRUPPE (GdP) im Vormarsch Erste BJV-Sitzung nach der Bundesjugendkonferenz



Sehr zufrieden und leicht erschöpft wirkten die 20 Teilnehmer/Innen der Bundesjugendvorstandssitzung in Münster (s.Foto). „Wir haben viel geschafft und gut gearbeitet, das war ein sehr zufriedenstellender Beginn“, so die Bundesjugendvorsitzende Sabrina Kunz.

Der Bundesjugendvorstand traf sich in dieser Konstellation das erste Mal seit der im April stattgefundenen Bundesjugendkonferenz. Aus diesem Grund war es den Mitgliedern sehr wichtig, sich erst einmal auf das gemeinsame zukünftige Miteinander zu verständigen. Die eigenen Stärken zu entdecken, aber auch die eigenen Schwächen kennenzulernen. Denn die Zielsetzung war von Beginn an eindeutig. Die JUNGE GRUPPE (GdP) will Akzente in der Jugendarbeit für junge Polizeibeschäftigte setzen, politisch wirksam werden und Veränderungen einleiten. Denn eines ist allen Beteiligten klar: Nur wenn jeder für seine Zukunft sorgt und gemeinsam für Forderungen und Veränderungen einsteht, kann er oder sie etwas bewegen. Das ist das Ziel der JUNGE GRUPPE (GdP).

„Wir wollen uns an unseren Taten messen lassen!“ Diese Aussage gilt und wird die Politik der JUNGE GRUPPE (GdP) in Zukunft vorantreiben. So war es nicht nur wichtig,

die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen und die Wichtigkeit kontinuierlichen und nachhaltigen Arbeitens herauszustellen, sondern auch auf erste Erfolge hinzuweisen:

Der zukünftige Internetauftritt wurde bereits konzeptioniert und das Betreuungsprojekt Castor 2010 wurde erarbeitet (über die Castor-Betreuung berichteten wir bereits in der letzten Ausgabe). Das Seminarprogramm 2011 ist festgezurr und steht ab 10.1. 2011 zur Anmeldung zur Verfügung. Die politischen Debatten zu Stuttgart 21 und Atomkraft wurden aufbereitet, beurteilt und werden den wesentlichen Kern der im Mai 2011 stattfindenden zentralen Arbeitstagung widerspiegeln.

„Die JUNGE GRUPPE (GdP) betrachtet die aktuelle politische Situation als sehr kritisch. Die Polizei wird permanent als Puffer zwischen politischen Versagen und gesellschaftlichen Unmut herangezogen. Hier muss die Politik initiativ werden und dieser zurzeit auf dem Rücken der Polizei ausgeprägten Situation Einhalt gebieten“, so Sabrina Kunz zu den aktuellen Geschehnissen. „Das haben wir auch deutlich in dem Positionspapier der JUNGEN GRUPPE (GdP) zum Castor 2010 zur Geltung gebracht“.

Die JUNGE GRUPPE (GdP) setzt ihre Prioritäten in der zukünftigen Zusammenarbeit.

„Gemeinsam statt Einsam“ wäre ein passendes Motto für das zukünftige Miteinander innerhalb der JUNGE GRUPPE (GdP). Die Mitglieder des Bundesjugendvorstandes wollen keine Einzelkämpfer sein und in vielen Situationen zusammenhalten. Ebenso sollen die bisher weniger stark JUNGE GRUPPE (GdP) organisierten Landesbezirke mit ins Boot geholt werden. Die JUNGE GRUPPE (GdP) soll jedem zugänglich sein, jeder der Hilfe und Unterstützung beim Aufbau einer JUNGE GRUPPE (GdP) in seinem Landesbezirk oder Bezirk benötigt, wird diese erhalten. Man möchte offen und ehrlich miteinander umgehen und kritisch-konstruktiv zur Entscheidungsfindung beitragen. Die JUNGE GRUPPE (GdP) ist auf einem guten Weg. Der Dank gilt allen Teilnehmern/Innen der BJV-Sitzung.

Torsten Rohde

IMPRESSUM:
Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 105;
Fax: (030) 39 99 21 - 200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
Torsten Rohde, Sabrina Kunz

JUNGE GRUPPE



Disziplinarrecht

Im Mittelpunkt dieses Buches stehen das behördliche Disziplinarverfahren sowie die Bemessung von Disziplinarmaßnahmen. Dabei führt der Autor den Leser von der Einleitung bis zum Abschluss eines Disziplinarverfahrens. Besonderen Problemstellungen („Fallgruppen“) widmet er zudem ein eigenes Kapitel. Mit zahlreichen Fußnoten und Hinweisen auf die Rechtsprechung ermöglicht er darüber hinaus ein gezieltes Vertiefen der Materie.

Zugrunde gelegt sind das nordrhein-westfälische Landesrecht und das Bundesrecht (LDG NRW/BDG). Parallelvorschriften anderer Bundesländer werden bei Bedarf genannt und auf landesrechtliche Besonderheiten wird eingegangen. Durch die themenbezogene und zugleich an der Gliederung des Landesdisziplinargesetzes NRW orientierte Systematik ist das Buch länderübergreifend sowohl zur methodischen Erarbeitung der Rechtsmaterie als auch als Nachschlagewerk geeignet. Damit ist es für Betroffene wie auch für Ermittlungsführer, Bevollmächtigte, Vorgesetzte und Sachbearbeiter in der Verwaltung ein wertvolles Hilfsmittel.

Disziplinarrecht, Christoph Keller, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, 1. Auflage, 2010, 280 Seiten, DIN A5, Broschur, 19,90 Euro, ISBN 978-3-8011-0641-6



Schwere Gewalt gegen Kinder

Schwere Gewalttaten gegen Kinder geschehen oft durch Eltern oder andere nahe stehende Personen. Der vorliegende Band versammelt Beiträge von Experten, die nicht alleine wissenschaftlich, sondern auch praxisnah tätig sind. So wird eine vielschichtige Sicht auf das Phänomen „Schwere Gewalt gegen Kinder“ ermöglicht und das neueste Fachwissen sowie Handlungsansätze für die Praxis vorgestellt.

Das Buch richtet sich an Fachleute unterschiedlichster Disziplinen, die mit der Risikoanalyse und der präventiven Arbeit befasst sind, um schwere Gewalttaten gegen Kinder zu verhindern.

Schwere Gewalt gegen Kinder, Rita Steffes-enn, Jens Hoffmann, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2010, 133 Seiten, 14,80 Euro, ISBN 978-3-86676-113-1



Polizei unter dem Grundgesetz

In Zeiten neuer Erscheinungsformen des Terrorismus hat die rechtliche Problematik der Gewährleistung von Sicherheit

in den letzten Jahren immer mehr an Aktualität gewonnen.

Sechzig Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes werden in dem Band verfassungs- und europarechtliche Fragen der Sicherheit von führenden Rechtsexperten erörtert. Das Werk versammelt wichtige Stimmen der rechtswissenschaftlichen Disziplin und veranschaulicht komplexe Zusammenhänge und Fragestellungen.

Die Beiträge verdeutlichen die Strukturen und Grundlagen der deutschen Verfassungsordnung und beziehen interdisziplinäre sowie europäische Entwicklungen und Ansätze mit ein. Sie behandeln ausgewählte Rechtsfragen zu Prävention und Repression, Freiheit der Telekommunikation, Presse und Polizei, dem Wandel der Sicherheitsarchitektur sowie der Europäisierung der Verfassung.

Das Werk ist der erste Band der Schriftenreihe „Sicherheit. Polizeiwissenschaft und Sicherheitsforschung im Kontext“, die sich der interdisziplinären Behandlung von Sicherheitsfragen widmet.

Polizei unter dem Grundgesetz, Prof. Dr. Dieter Kugelmann, Nomos Verlag, 2010, 129 Seiten, Broschiert, 29 Euro, ISBN 978-3-8329-5406-2



Deutsche

Polizei

Nr. 1 • 60. Jahrgang 2011v • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP: www.gdp.de
Redaktion Bundesteil: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon: (030) 39 99 21 - 114 Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Fotos: Hagen Immel/ Clemens Bilan/ddp
Gestaltung: Rembergt Stolzenfeld



Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011



Druckauflage dieser Ausgabe:
175.837 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

